



DER NEU GEWÄHLTE KREISVORSTAND* MIT OMBUDSMITGLIED

Freie
Demokraten
Stuttgart FDP

AUS DEM KREISVERBAND

**VORSTANDSWAHLEN BEI
DEN FREIEN DEMOKRATEN
STUTTART**

AUS DEM LANDTAG

**70 JAHRE
FDP/DVP-LANDTAGS-
FRAKTION**

AUS DEM BUNDESTAG

**DURCHBRUCH
FÜR KLIMANEUTRALE
MOBILITÄT**

VORWORT

03 BEGRÜSSUNG DER KREISVORSITZENDEN

AUS DEM KREISVERBAND

04 MIT SCHWUNG INS NEUE JAHR GESTARTET

07 DELEGIERTE ZUM BUNDESPARTEITAG

08 GESCHÄFTSBERICHT DES STUTTGARTER FDP-KREISVORSTANDES

10 VORSTANDSWAHLEN BEI DEN FREIEN DEMOKRATEN STUTTGART

13 DAS KÜBELESRENNEN IN BAD CANNSTATT

14 SOLIDARITÄTSVERANSTALTUNGEN MIT DEN MENSCHEN IN DER UKRAINE

16 STOPP VON DISKRIMINIERUNG VON IRANERINNEN IN DEUTSCHEN STANDESÄMTERN!

18 FRAUEN-NETZWERK IM KREISVERBAND STUTTGART

19 SOCIAL-MEDIA-FRAUENKAMPAGNE DER FDP STUTTGART

AUS DEN STADTGRUPPEN

20 DR. FLORIAN TONCAR BEGEISTERT BEIM NEUJAHRSEMPFANG DER FDP DEGERLOCH

21 FRIEDRICH HAAG ZU GAST IN BOTNANG

22 ÄRZTE IN STUTTGART – GIBT ES NOCH GENUG?

23 NACHWAHL NEUER BEZIRKSBEIRÄTE IN SILLENBUCH

24 UMFRAGE ZUM GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT

25 ENTSCHEIDENDE WEICHENSTELLUNGEN FÜR DIE ZUKUNFT BAD CANNSTATTS

26 PODIUMSDISKUSSION: „ABSTURZ IM BILDUNGSTREND: WAS MUSS SICH IN UNSEREN SCHULEN VERÄNDERN?“

AUS DEM GEMEINDERAT

28 S-BAHN AUS DEM TAKT

29 STRZERO: FLUGHAFEN AUF DEM WEG ZUR KLIMANEUTRALITÄT

29 SPIEL, SPASS, SPANNUNG UND WOHNUNGSBAU

30 „STRASSENKARIES“

30 49-€-TICKET FÜR MITARBEITENDE DER STADT

31 PLATZMANGEL BEI DER FEUERWEHR

31 IMMER DIESE SACHE MIT DER KOMMUNIKATION

AUS DER REGION

32 GEMEINSAME HERAUSFORDERUNGEN BRAUCHEN GEMEINSAMES VORGEHEN: FILDERLIBERALE REAKTIVIEREN ZUSAMMENARBEIT

AUS DEM LANDTAG

33 BAUPROZESSE BESCHLEUNIGEN, E-FUELS IN DIE FLÄCHE BRINGEN UND DEN LANDTAG VERKLEINERN

38 FÜR DIE FREIHEIT – 70 JAHRE FDP/DVP-LANDTAGSFRAKTION

AUS DEM BUNDESTAG

40 DURCHBRUCH FÜR KLIMANEUTRALE MOBILITÄT: E-FUELS WERDEN FÜR DEN VERBRENNER ZUGELASSEN

AUS DEN VORFELDORGANISATIONEN

42 MIT „GLÜCK“ INS NEUE JAHR!

44 25 JAHRE LIBERALER MITTELSTAND IM LÄNDLE

46 AKTIV UND MEINUNGSSTARK

VERANSTALTUNGEN

47 TERMINE IM 2. QUARTAL 2023

* Auf dem Titelbild fehlen Dajana und Dr. Cornelius Hummel



Titelfoto: Kreisverband Stuttgart

Herausgeber: FDP-Kreisverband Stuttgart › V.i.S.d.P.: Gabriele Reich-Gutjahr

Anschrift: Weißenburgstraße 29, 70180 Stuttgart, Telefon: (0711) 621584

E-Mail: redaktion@stuttgart-liberal.de › Anzeigen: anzeigen@stuttgart-liberal.de › Satz und Layout: Steffen Schneider
stuttgart liberal erscheint viermal im Jahr und wird für die Stuttgarter FDP-Mitglieder im Rahmen der Mitgliedschaft
ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises geliefert.

BEGRÜSSUNG DER KREISVORSITZENDEN



Gabriele Reich-Gutjahr
Kreisvorsitzende der FDP Stuttgart

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde der Freien Demokraten,

bei der Jahreshauptversammlung hat mich die Mitglieder-
versammlung für weitere zwei Jahre zur Kreisvorsitzenden
gewählt. Auch alle Mitglieder des bisherigen Kreisvorstan-
des, die erneut angetreten waren, wurden wiedergewählt.
Ich danke allen, auch im Namen meiner Kolleginnen und
Kollegen, für das Vertrauen.

Gemeinsam mit den drei neuen Mitgliedern des Kreisvor-
standes werden wir daran arbeiten, die FDP als starke Kraft
bei den Wahlen zu Gemeinderat, Regionalversammlung und
Europa in 2024 sowie bei der Bundestagswahl 2025 aufzu-
stellen. Unsere Gemeinderatsfraktion aktualisiert derzeit das
Wahlprogramm der Kommunalwahl 2019. Danach beginnt
die gemeinsame Arbeit am Kommunalwahlprogramm 2024.

Mit der Initiative „XXL-Landtag verhindern“ haben wir jetzt
schon Gelegenheit, mit den Bürgerinnen und Bürgern ins
Gespräch zu kommen. Die 10.000 Unterschriften für das
Volksbegehren sollen bis Juni vorliegen. Vermutlich nach
der Sommerpause würde dann die Unterschriftensamm-
lung beginnen für das Volksbegehren. Erneut wollen wir
dann verstärkt mit Ständen aktiv werden. Dass diese Ini-
tiative auf starke Resonanz stößt, zeigte sich bereits am re-
gen Interesse der Mitglieder, sich in die aufliegenden Listen
einzutragen und weitere Stimmen im persönlichen Umfeld
zu sammeln. Die FDP/DVP-Landtagsfraktion und die Lan-
despartei haben hier ein wichtiges Zeichen gesetzt, dass
man auch in der Opposition Handlungsmöglichkeiten hat,
um für eine Gesetzesänderung, die im Parlament abgelehnt
wird, zu kämpfen.

Dass es sich lohnt für unsere liberale Sicht auf allen poli-
tischen Ebenen zu kämpfen, zeigt sich daran, dass die EU
am Tag unserer Mitgliederversammlung – die erstmals im
Württembergischen Automobilclub WAC stattfand – den
Weg frei gemacht hat für eine technologieneutrale Zukunft
beim Auto. Das ist zuvorderst der Verdienst unserer Bun-

destagsabgeordneten Judith Skudelny, die das Thema E-Fu-
els vor Jahren angestoßen hat und das der Kreisverband
Stuttgart mit ihr in die Partei getragen hat. Darauf dürfen
wir wirklich stolz sein. Verkehrsminister Volker Wissing hat
erfolgreich mit der EU verhandelt und Frans Timmermanns
hat zugesagt, dass die anstehenden nächsten Schritte im
EU- Verfahren zur Regulierung des CO₂-Ausstoßes bei Autos
nun zügig abgeschlossen werden. Auch andere Initiativen
aus dem Kreisverband haben Wirkung gezeigt oder sind in
der Partei auf den Weg gebracht. Mehr dazu finden Sie in
dieser Ausgabe.

Die öffentliche Berichterstattung erweckt gelegentlich den
Eindruck, dass es in der Berliner Ampel viel Streit gibt. Dass
die im Koalitionsvertrag festgelegten Ziele der Ausgestal-
tung bedürfen und diese nicht immer harmonisch verläuft,
ist klar. Unterschiedliche politische Meinungen in fairer Dis-
kussion auszutragen, ist Wesenskern der Demokratie. Dies
gehört zum Selbstverständnis liberaler Politik und unsere
Mitglieder in der Bundesregierung werden diesem Anspruch
gerecht.

Für manchen Streit braucht es einen Vermittler. Die Lan-
despartei hat dazu vor einigen Jahren die Position des Om-
budsmitglieds geschaffen. Gemäß unserer Satzung aus 2022
wurde mit Dr. Timur Lutfullin im Kreisverband Stuttgart
nun ein Ombudsmitglied gewählt. Wir wünschen ihm gutes
Gelingen und uns allen, dass er wenig Arbeit haben wird.

Ich wünsche Ihnen eine schöne Osterzeit und würde mich
freuen, wenn viele die Gelegenheit nutzen, am 4. Mai auf
dem Frühlingsfest beim liberalen Wasen-Treff ins Gespräch
zu kommen.

Mit herzlichen und liberalen Grüßen

Gabriele Reich-Gutjahr
Kreisvorsitzende

MIT SCHWUNG INS NEUE JAHR GESTARTET



Gabriele Reich-Gutjahr
Kreisvorsitzende der FDP Stuttgart

Auch dieses Jahr ist die FDP mit Schwung ins neue Jahr gestartet mit dem Landesparteitag am 5. Januar 2023 und dem Dreikönigstreffen am 6. Januar 2023 mit anschließendem Neujahrstreffen für die Mitglieder des Kreisverbandes Stuttgart im Tempus, an dem rund 50 Gästen teilnahmen. Die Möglichkeit des Kennenlernens nutzte auch der Vorstand des FDP-Kreisverbandes Gießen, der sich in Stuttgart auf den Wahlkampf 2023 einstellte. Der Europaabgeordnete **Andreas Glück** berichtete über seine Arbeit und den Kampf um eine technologieoffene Klimapolitik der EU, welche Bedeutung der ETS-Zertifikatehandel dabei hat und wie er funktioniert.

LANDESPARTEITAG IN FELLBACH AM 5. JANUAR 2023

Der Kreisverband hatte sich beim Landesparteitag mit vier Anträgen eingebracht, drei wurden beim Parteitag behandelt. Ein schöner Erfolg angesichts der Tatsache, dass höchstens ein Drittel der Anträge während des Parteitags behandelt werden und der Rest in den Vorstand verwiesen wird. Danke allen Mitgliedern, die sich dazu eingebracht haben.

- › **Satzungsänderungsantrag:** Doppelspitzen ermöglichen als zusätzliche Option für den Vorsitz einer Gliederung. Diese Option ist so ausgestaltet, dass zwei Personen sich gemeinsam als Duo zur Wahl stellen und geschlechtsneutral. D.h. zwei Männer, zwei Frauen oder Mann/Frau können ein Duo bilden. Damit wollen wir die Voraussetzung schaffen, dass mehr Mitglieder, die Familie haben und im Beruf stehen, sich für Positionen bewerben. Mehrere Kreisverbände hatten sich angeschlossen. Er erreichte rund 50%, aber nicht die erforderliche Zweidrittelmehr-

heit. In Bayern und Sachsen-Anhalt wurde die Möglichkeit übrigens letztes Jahr in die Landessatzung aufgenommen.

- › **Änderungsantrag zum Leitantrag: Laufzeit der noch betriebsfähigen Kernkraftwerke** um 10 Jahre oder so lange zu verlängern, bis eine CO₂-neutrale grundlastfähige Alternative gefunden ist. Damit soll nicht zuletzt Planungssicherheit geschaffen werden und der bereits im Gange befindlichen Verlagerung von Produktionen in Länder außerhalb Europas entgegengewirkt werden. Der Antrag führte – gemeinsam mit einem Antrag des KV Rhein-Neckar – zu einer Änderung, die wie folgt lautet: „Die Freien Demokraten Baden-Württemberg sind der Überzeugung, dass zum Erhalt der Versorgungssicherheit und zur Übernahme der eigenen energiepolitischen Verantwortung innerhalb der EU der Ankauf weiterer Brennelemente nötig sein wird. Daher fordern wir schon heute die Bundesregierung auf, die gesetzlichen Rahmenbedingungen so zu ändern, dass der Ankauf und der Betrieb der Kernkraftwerke mit neuen Brennelementen ermöglicht wird. Da die Sicherheit der Brennelemente in der Endlagerung ebenso wichtig ist wie deren ökonomische Nutzung, müssen diese Brennelemente weitgehend genutzt werden. Dies ist gleichbedeutend mit einer Laufzeitverlängerung bis 2026.“ Der Landesvorstand wird diesen Antrag nun beim Bundesparteitag im April einbringen. Wirtschaftsminister Habeck muss bis dahin einen weiteren Stresstest vorlegen, da die Zeiträume ab dem 16. April 2023 bislang noch nicht geprüft wurden. „Deshalb muss Anfang 2023 ein erneuter Stresstest durchgeführt werden, der für einen Zeitraum bis mindestens Sommer 2024 sowohl die Netzsicherheit als auch durch Knappheit entstehende Preissteigerungen untersucht. Aufgrund der sich laufend verändernden Rahmenbedingungen ist der Stresstest quartalsweise zu aktualisieren.“

› **Antrag zum OZG (OnlinezugangsG):** „Zwei Minuten für den Privatkredit, aber 2 Monate für den Personalausweis“ wurde beschlossen. Es geht um Folgendes: Die Koalition plant, das OZG im Jahr 2023 anzupassen. Auf Seiten des BMI spricht man in diesem Zusammenhang von einem „OZG 2.0“. Da wir uns in Deutschland vor allem auf kommunaler Ebene vielerorts bereits in einer Verwaltungskrise befinden, muss ein OZG 2.0 die bekannten Grundprobleme adressieren und damit nachhaltig zu Verbesserungen führen. Vor der Novellierung des OZG – so unserer Forderung – muss ein intensiver politischer Diskurs und Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft stattfinden. Unsere konkreten Vorschläge im Antrag wurden aus Gesprächen mit Vertretern aus Politik und kommunalen Verwaltungen, IT-Experten sowie Anbietern von Fachverfahren entwickelt. Den Text des Antrags finden Sie nachfolgend.

› **Antrag zur Eheschließung iranischer Frauen in Deutschland** wurde aus zeitlichen Gründen nicht behandelt. Die Landtagsfraktion hat das Thema aufgegriffen und einen Antrag beim baden-württembergischen Justizministerium gestellt, dessen Antwort **Julia Goll** als zuständige Abgeordnete zur Behandlung im ständigen Ausschuss des Landtags eingebracht hat. Ministerin **Gentges**, CDU, hat ausgeführt, dass die Standesämter bereits angewiesen sind, Ehen iranischer Frauen ohne vorliegende Zustimmung eines männlichen Familienmitglieds zu ermöglichen mit dem Hinweis, dass diese dann jedoch im Heimatland nicht anerkannt würden. **Sollten Ihnen Fälle begegnen, in denen die Standesämter abweichend handeln, bitten wir um Information an die Geschäftsstelle des Kreisverbands Stuttgart.**

Alle Beschlüsse dieses und vorangegangener Landesparteitage finden Sie unter : www.fdpbw.de/beschluesse



→ **Die Delegierten der FDP Stuttgart beim Landesparteitag in Fellbach: (v.l.n. r.) Eric Neumann, Julia Debernitz, Johanna Molitor, Benedikt Zimmermann, Judith Skudelny MdB, Frank Bantle, Juliane Becker, Dr. Frank Finzenhagen, Brigitta Haak, Dr. Thilo Reith, Charlotta Eskilsson, Wolf Dieter Dallinger, Mark Wieczorrek, Armin Serwani, Volker Weil, Michael Sommerer, Friedrich Haag MdB, Alexander Pross, Liane Bott-Voelker, Gabriele Reich-Gutjahr, Anke Pross, Michael Marquardt, Gabriele Heise, Dajana Hummel, Susanne Winkler, Dr. Cornelius Hummel**

Den Antrag zum OZG nachfolgend im Wortlaut, da er für die tägliche Arbeit im kommunalen Bereich Anregung gibt:

Beschluss: Zwei Minuten für den Privatkredit aber zwei Monate für den Personalausweis? Jetzt den Booster für die echte digitale Verwaltung zünden.

Wir Freien Demokraten fordern deshalb:

1. Ein Booster braucht Treibstoff – Kommunen befähigen: Die Kommunen tragen die Hauptlast der OZG-Umsetzung. Sie müssen mit den Mitteln und dem Know-how ausgestattet werden, diese zu schultern. Statt Fördermittel des Bundes nur an die EfA-Fähigkeit der umgesetzten Leistungen zu binden, sollten Kommunen möglichst unbürokratisch die erforderlichen Mittel erhalten, die sie benötigen, um eigene IT-Stellen zu schaffen oder die benötigten IT-Services auszuschreiben. Einem neuen OZG muss eine kritische Analyse vorausgehen, welche Verwaltungsleistungen in der föderalen Struktur überhaupt EfA-fähig sind und wo im Gegensatz dazu individuelle, dezentrale Lösungen, die über standardisierte Schnittstellen miteinander kommunizieren können, schneller zum Ziel führen.

2. Vom Turmbau zu Babel zur Schaffung echter Interoperabilität: Eine funktionierende elektronische Kommunikation von Verwaltungsanwendungen untereinander ist die zentrale Grundvoraussetzung für eine echte Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen. Der Bund muss hierfür einheitliche Standards vorgeben, die es ermöglichen, dass unterschiedliche Fachanwendungen auch kommunen- und länderübergreifend interagieren können. Technologische Lösungsansätze, die diese Interoperabilität mit vertretbarem Aufwand ermöglichen, existieren bereits (Fair Digital Objects (kurz: FDO) oder der ISO-Standard „XÖV“)

3. Nutzerzentrierte Perspektive für Bürgerschaft und Wirtschaft einnehmen: Bürgerschaft und Wirtschaft dürfen durch sog. „Online-Services“ nicht selbst zu Verwaltungskräften werden, indem sie mit dem Ausfüllen von Online-Formularen einfach nur die Tätigkeiten der Verwaltung übernehmen. Fehlinvestitionen in wenig attraktive Online-Services, welche nicht angenommen werden, müssen verhindert werden. Es ist ein plattformzentrierter Ansatz zu planen, der Mehrwerte für Nutzerinnen und Nutzer bietet und die Verschlankung und Vereinfachung von Verwaltungsprozessen ermöglicht.

4. Das große Ganze denken – Synchronisierung OZG und RegModG (RegistermodernisierungsG): OZG und RegModG müssen in Summe einen tauglichen Rechtsrahmen für die weitere Digitalisierung der Verwaltung bilden. Die Umsetzungsplanung muss zusammengeführt, Abhängigkeiten und mögliche Synergien müssen berücksichtigt werden. Insbesondere sollte die Priorisierung von Verwaltungsleistungen einerseits und Registern andererseits so abgestimmt werden, dass diejenigen Verwaltungsprozesse, die aufgrund ihrer Häufigkeit eine besonders hohe Arbeitslast in den Kommunen verursachen, zuerst und möglichst umfassend (Ende zu Ende) digitalisiert werden.

5. Als Vorbild dienen – die Wirtschaft einbinden: Die Öffentliche Hand ist der größte Auftraggeber im IT-Bereich in Deutschland. Folglich muss sie auch als Treiber auftreten. Die Vision, die hieraus erwächst, ist, dass das OZG am Ende als praktikables Vorbild für die Wirtschaft dient – z. B. durch den Einsatz quelloffener, kostenloser Software. So lässt sich mehr Souveränität und internationale Wettbewerbsfähigkeit für den Wirtschaftsstandort Deutschland generieren.

DELEGIERTE ZUM BUNDESPARTEITAG AB 1. MAI 2023 BIS 30. APRIL 2025



Gabriele Reich-Gutjahr
Kreisvorsitzende der FDP Stuttgart

Auf Basis der Vorschläge des Bezirksparteitags wurden beim Landesparteitag für den Kreisverband Stuttgart 5* **Delegierte** gewählt:



**Judith
Skudelny MdB**



**Gabriele
Reich-Gutjahr**



**Eric
Neumann**



**Michael
Marquardt**



**Gabriele
Heise**

Ersatzdelegierte sind



**Volker
Weil**



**Armin
Serwani**



**Dajana
Hummel**



**Dr. Cornelius
Hummel**

Als **Eisheilige** und Stellvertreter vom Landesparteitag bestätigt wurden



**Charlotta
Eskilsson**



**Niklas
Metz**

* Die höhere Zahl ergab sich aufgrund der von der Bundespartei Anfang Januar 2023 ermittelten Zahlen für die Bundesländer auf Basis der Ergebnisse bei der Bundestagswahl und der Mitgliederzahlen.

GESCHÄFTSBERICHT DES STUTTGARTER FDP-KREISVORSTANDES

**FÜR DIE ZEIT VOM 22. MÄRZ 2022 BIS 24. MÄRZ 2023
ZUR VORLAGE BEI DER JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG AM 25. MÄRZ 2022**

Mitglieder des Kreisvorstandes:

Kreisvorsitzende: Gabriele Reich-Gutjahr, **stv. Kreisvorsitzende:** Charlotta Eskilsson, Volker Weil

Kreisschatzmeister: Michael Marquardt, **Beisitzer/innen:** Dr. Jan Havlik (Pressesprecher bis 14.11.2022), Dr. Cornelius Hummel, Dajana Hummel, Johanna Molitor, Eric Neumann, Dr. Thilo Scholpp, Martina Weishaupt

Ehrenvorsitzende: Ingrid Walz, Armin Serwani

Kreisgeschäftsführer: bis 30.09.2022 Jan-Ole Langemack / ab 01.10.2022 Christian Schlepple

1. Kreisvorstandssitzungen:	11	06.10.2022	Liberaler Wasentreff beim 175. Cannstatter Volksfest
2. Kreismitgliederversammlungen:	2	14.11.2022	Kreismitgliederversammlung mit Delegiertenwahlen und Jubilar-Ehrungen;
3. Kreisausschusssitzungen:	1		Rede: Judith Skudelny MdB zum Thema „Ein Jahr Ampel – Rückblick und Ausblick“
4. Besprechungen Geschäftsf. Kreisvorstand:	35	19.11.2022	Bezirksparteitag. Die zwei vom Kreisverband eingebrachten Anträge wurden einstimmig angenommen.
5. Veranstaltungen/Aktivitäten im Kreisverband:			
30.03.2022	Veranstaltung „E-Fuels“ mit Judith Skudelny MdB und Friedrich Haag MdL	24.11.2022	Stammtisch mit Gemeinderäten und Regionalräten
12.05.2021	Diskussion zur Abgeltungssteuer im FDP-Programm zur Bundestagswahl mit Judith Skudelny MdB	06.12.2022	Online-Veranstaltung: Landespolitischer Stammtisch mit Friedrich Haag MdL
02.04.2022	Ostereiaktion der einzelnen Stadtgruppen	April 2022 bis Februar 2023	Bei diversen Ukraine-Kundgebungen sprachen für den Kreisverband: Gabriele Reich-Gutjahr, Judith Skudelny MdB, Philipp Eberle, Renata Alt MdB, Dr. Cornelius Hummel
19.04.2022	Online-Talk: Judith Skudelny MdB zur Energieversorgung	05.01.2023	Landesparteitag mit 4 Anträgen des Kreisverbandes
04.05.2022	Liberales Neumitgliedertreffen beim 82. Cannstatter Frühlingsfest	06.01.2023	Neujahrstreffen des Kreisverbands Stuttgart mit Andreas Glück, MEP, zum Thema „Technologie-offenheit in Europa und im Land“
27.05.2022	Kreisausschusssitzung Best Practice, interne und externe Kommunikation (Webseite, Stadtgruppen-Mailadressen)	16.02.2023	Teilnahme „Kübelesrennen“ in Bad Cannstatt
29.05.2022	Klausurtagung des Kreisvorstands mit Vertretern des Gemeinderats		
22.06.–17.07.2022	Aktive Teilnahme 24-Tage-Lauf mit Social-Media-Begleitung; Insgesamt wurden 800,- € an Spendengeldern „erlaufen“		
23.07.2022	Drachencup		
30.07.–31.07.2022	Teilnahme an der CSD-Kampagne in Stuttgart		
05.09.2022	Expertenrunde zur Grundsteuerreform u. a. mit Steffen Brauer MdL		



6. Arbeitskreise:

AK Wohnen und Bauen, AK Bildung, AK Digitalisierung,
AK Strukturwandel/Transformation, AK Kultur, AK Mobilität

Ergebnisse:

- › Antrag zum Bezirks- und Landesparteitag zum OZG (AK Digitalisierung)
- › Stände und Flyer zur Mobilitätswoche Stuttgart im September 2022 (AK Mobilität)
- › Positionspapier ‚Digitalpakt Schule 2.0‘ im KV eingebracht (AK Bildung); aktuell in Abstimmung mit der Bürgermeisterin

7. Mandatsträger/-innen des Kreisverbands Stuttgart:

Bundestagsabgeordnete:	1
Landtagsabgeordnete:	1
Regionalräte:	3
Stadträte:	5
Bürgermeisterin:	1
Bezirksvorsteherin:	1
Bezirksbeiräte:	26 (in allen Stadtbezirken vertreten)

8. Vertretungen in FDP-Gremien:

Mitglieder im Bundesvorstand:	1
Mitglieder im Landesvorstand:	3 gewählt, 1 kooptiert
Mitglieder im Bezirksvorstand:	2 gewählt, 6 kooptiert
Delegierte Bundesparteitage:	5
Delegierte Bezirks-/Landesparteitage:	27
Delegierte Landeshauptausschüsse:	7

9. Stadtgruppen:

16

10. Liberale Vorfeldorganisationen in Stuttgart:

Junge Liberale
Liberale Frauen
Liberale Hochschulgruppen
Liberaler Mittelstand
Liberale Senioreninitiative
Liberale Schwule und Lesben

11. Stuttgart Liberal:

4 Ausgaben im Jahr

12. Mitgliederbriefe:

6 Ausgaben

13. Social-Media-Aktivitäten:

(Follower-Stand am 14.03.2023)

Facebook:	1.710
Instagram:	1.333
LinkedIn:	128
Twitter:	235

- › Frauen-Kampagne auf Facebook und Instagram, um mehr Frauen für die FDP zu begeistern seit 1/2023
- › Bewerbung verschiedener Veranstaltungen mit einer organischen Reichweite von 133.000 und Werbekampagnen mit knapp 500.000 Impressions

14. Mitgliederbewegungen:

Stand 01.01.2022	816
Stand 01.01.2023	793
Zugänge/Zuzüge:	84
Austritte/Wegzüge:	102
Verstorben:	4
Ausschlüsse:	1
Stand 14.03.2023:	785

VORSTANDSWAHLEN BEI DEN FREIEN DEMOKRATEN STUTTGART



Gabriele Reich-Gutjahr
Kreisvorsitzende der FDP Stuttgart

Turnusgemäß haben die Stuttgarter Liberalen am 25. März den Vorstand neu gewählt. Die Mitgliederversammlung wählte mit 83% der Stimmen **Gabriele Reich-Gutjahr** erneut zur Kreisvorsitzenden. Sie kündigte mit Blick auf die kommenden beiden Amtsjahre an, die FDP als starke Kraft bei den Wahlen zu Gemeinderat, Regionalversammlung und Europa in 2024 sowie bei der Bundestagswahl 2025 aufzustellen. „Wir wollen mit einem fokussierten Kommunalwahlprogramm und gewohnt intensiven Wahlkampfaktivitäten die Stuttgarterinnen und Stuttgarter für unsere Ideen gewinnen. Klimaschutz, Sicherheit, Bildung sowie Verkehrs-, Wirtschafts-, Gesellschafts- und Bauentwicklung sind Themen, für die wir liberale Antworten geben werden“, so Reich-Gutjahr.

Als stellvertretende Vorsitzende wurden **Charlotta Eskilson** und **Volker Weil** in diesem Amt bestätigt. Ebenso wie der Schatzmeister **Michael Marquardt**. Alle waren ohne Gegenkandidaten.

Sechzehn Mitglieder bewarben sich für die sieben Sitze als Beisitzerinnen und Beisitzer. Wiedergewählt wurden **Dajana** und **Cornelius Hummel**, **Eric Neumann** und **Martina Weisshaupt**; neu gewählt wurden **Wolf Dieter Dallinger**, **Brigitta Haak** und **Mark Wiczorrek**.

Erstmals wurde auch ein Ombudsmitglied im Kreisverband gewählt. **Dr. Timur Lutfullin** setzte sich gegen den online zugeschalteten **Dr. Mark Dornbach** durch.



→ **Judith Skudelny MdB und Stadtrat Dr. Matthias Oechsner**



→ **Friedrich Haag MdL bei seiner Rede**



→ Der wiedergewählte geschäftsführende Kreisvorstand: (v.l.n. r.) **Volker Weil** (Stv. Kreisvorsitzender), **Gabriele Reich-Gutjahr** (Kreisvorsitzende), **Charlotta Eskilsson** (Stv. Kreisvorsitzende) und Kreisschatzmeister **Michael Marquardt**

Zuvor hatte die Kreisvorsitzende Gabriele Reich-Gutjahr den erstmals im Württembergischen Automobilclub WAC tagenden Mitgliedern in ihrem Rechenschaftsbericht eine erfolgreiche Bilanz des Kreisverbandes präsentiert, der mit einem Stand von knapp 800 Mitgliedern und schuldenfrei einer der größten Kreisverbände der Freien Demokraten in Deutschland ist. Sie dankte dem gesamten Vorstandsteam für die konstruktive Zusammenarbeit und dem Schatzmeister für seine zuverlässige Arbeit. Mit Blick auf den Tagungsort meinte sie, dass er gut passe für eine Partei, der individuelle Mobilität in ihrer ganzen Breite ein Anliegen sei und sagte: „Dass heute die EU den Weg frei gemacht hat für eine technologieneutrale Zukunft ist ein wichtiger Erfolg liberaler Politik. Ich danke **Judith Skudelny**, die das Thema E-Fuels vor Jahren angestoßen und das der Kreisverband Stuttgart mit ihr in die Partei getragen hat. Darauf sind wir echt stolz.“

Auch im letzten Jahr habe der Kreisverband wichtige Impulse in die politische Arbeit der Partei gegeben, sei es zum OZG 2.0, zur Mobilität in Stuttgart, zur Eheschließung iranischer Frauen oder zum Weiterbetrieb der AKW. Sie dankte allen Mitgliedern, die sich mit Vorschlägen und in guten internen Diskussionen in die politische Arbeit eingebracht haben. „Unterschiedliche politische Meinungen in fairer Diskussion auszutragen ist Wesenskern der Demokratie und gehört zum Selbstverständnis liberaler Politik“, sagte sie abschließend.

Lob, Dank und Anerkennung für den Kreisverband sprach der online zugeschaltete Generalsekretär der Bundes-FDP **Bijan Djir-Sarai** aus und versprach, baldmöglichst auch vor Ort mit den Mitgliedern in persönlichen Kontakt zu treten.

Der Stuttgarter Landtagsabgeordnete **Friedrich Haag** ging in seiner Rede insbesondere auf die am Freitag vorgestellte Initiative zur Vermeidung eines XXL-Landtags ein. „Wir sind im Land schon jetzt 34 Sitze über der Soll-Größe von 120 Abgeordneten. Nach der nächsten Landtagswahl mit dem neuen Zweistimmen-Wahlrecht könnte das Parlament sich auf über 200 Abgeordnete aufblähen. Die Effektivität eines Parlaments hängt letztlich nicht von der Anzahl der Abgeordneten, sondern von deren Einsatz für die Menschen in unserem Land ab“, so Haag. Dafür würden nun Unterschriften für ein Volksbegehren zur Landtagsverkleinerung gesammelt.

Dass diese Initiative auf starke Resonanz stößt, zeigte sich am regen Interesse der Mitglieder, sich in die aufliegenden Listen einzutragen und weitere Stimmen im persönlichen Umfeld zu sammeln.

Die Stuttgarter Bundestagsabgeordnete **Judith Skudelny** stellte zum Abschluss der Versammlung die nun anstehenden nächsten Schritte im EU-Verfahren zur Regulierung des CO₂-Ausstoßes bei Autos dar. Sie zeigte sich zuversichtlich, dass diese nun zügig abgeschlossen werden.

ERGEBNISSE DER VORSTANDSWAHL 2023

AMT	stimm- berechtigt	abgegeben	gültig	absolute Mehrheit	Stimmenverteilung			gewählt	Prozent
Kandidat/in					ja	nein	Enthaltung		
KREISVORSITZENDE/R									
Reich-Gutjahr, Gabriele	83	81	81	41	67	9	5	ja	82,72 %
STELLVERTRETENDE KREISVORSITZENDE									
Eskilsson, Charlotta	84	84	84	43	70	13	1	ja	83,33 %
Weil, Volker	85	81	81	41	76	2	3	ja	93,83 %
KREISSCHATZMEISTER/IN									
Marquardt, Michael	85	83	83	42	75	4	4	ja	90,36 %
7 BEISITZER/INNEN 1. WAHLGANG									
Neumann, Eric	85	84	84	43	57			ja	67,86 %
Weishaupt, Martina					51			ja	60,71 %
Hummel, Dr. Cornelius					50			ja	59,52 %
Hummel, Dajana					43			ja	51,19 %
7 BEISITZER/INNEN 2. WAHLGANG									
Haak, Brigitta	84	81	81	41	39			ja	48,15 %
Dallinger, Wolf Dieter					29			ja	35,80 %
Wieczorrek					20			ja	24,69 %
KASSENPRÜFER/-IN									
Link, Cornelia	per Akklamation gewählt								
Joos, Sabine									
OMBUDSMITGLIED									
Dornbach, Dr. Mark	81	74	71	37	27			nein	38,03 %
Lutfullin, Dr. Timur					44			ja	61,97 %

DAS KÜBELESRENNEN IN BAD CANNSTATT



Dr. Cornelius Hummel
Beisitzer im Kreisvorstand

Nachdem das letzte Kübelesrennen am Schmotzigen Donnerstag auf dem Marktplatz in Bad Cannstatt leider 2020 zum letzten Mal stattgefunden hat und nun nach der Corona-Pause der Höhepunkt der Cannstatter Küblerfasnet wieder stattfinden konnte, waren wir vom Kreisverband Stuttgart natürlich wieder mit dabei.

Unsere stellvertretende Kreisvorsitzende und Bezirksvorsteherin von Stuttgart-Ost **Charlotta Eskilsson** wurde vom neuen Stadtgruppenvorsitzenden aus Stuttgart-West, **Dennis Schad**, durch den Hindernisparcours geschoben. Als Täflesträger konnte ich aber nicht nur das Schild der FDP hochhalten, sondern musste auch beim manövrieren des Kübeles durch die Hindernisbahn unterstützen. So konnten wir gemeinsam ohne blaue Flecken auch die rasante Überquerung der bei den Rennteilnehmern gefürchteten Wippe ohne Blessuren mit dem traditionellen Läuten der Glocke beendenden.

Stadträtin **Doris Höh** unterstützte ihr Team im Hemdglonker – dem obligatorischen weißen Nachthemd – und Zipfelmütze lautstark zusammen mit Regionalrat **Volker Weil** und Beisitzerin **Dajana Hummel**.

Die Veranstaltung ist traditionell mit 30 Teams aus Politik, Verwaltung, Vereinen und sonstigen Institutionen der Stadt besetzt. Es werden 15 Rennen gegeneinander ausgetragen und das Dreierteam, welches die kürzeste Zeit zur Bewältigung des Parcours benötigt, hat am Ende gewonnen. In diesem Jahr war es das Team der Jungen Union Bad Cannstatt. Wir freuen uns auf das Rennen im nächsten Jahr und starten nun das Training für den Drachencup, der im Juli auf dem Neckar in Bad Cannstatt ausgetragen wird.



→ Das FDP-Team (v.l.n.r.): **Doris Höh, Dennis Schad, Charlotta Eskilsson und Dr. Cornelius Hummel**

SOLIDARITÄTSVERANSTALTUNGEN MIT DEN MENSCHEN IN DER UKRAINE



Dr. Cornelius Hummel
Beisitzer im Kreisvorstand

Bei zwei Demonstrationen, zu denen die Organisationen *Ukraine Demo Stuttgart* und *Puls of Europe* aufgerufen hatten, durfte ich unsere Kreisvorsitzende **Gabriele Reich-Gutjahr** vertreten. Beide Kundgebungen fanden auf dem Schlossplatz statt. Die erste Demonstration war zeitlich kurz nach dem Treffen der Ukraine-Kontaktgruppe in Rammstein, bei dem sich der neue Verteidigungsminister **Boris Pistorius** und Bundeskanzler **Olaf Scholz** noch nicht zu einer Zusage an die Ukraine über die Lieferung moderner Leopard-Kampfpanzer hinreißen lassen wollten.

Die überwiegend aus der Ukraine stammenden Demonstrationsteilnehmerinnen und Demonstrationsteilnehmern konnten wir von politischer Seite aber bereits die Unterstützung unserer Parteifreundin **Marie-Agnes Strack-Zimmermann** zusagen, die sich als Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestags bereits damals für die später auch von der Bundesregierung zugesagten Panzerlieferungen stark gemacht hat. Auch die Dokumentation und Aufklärung der von Russland begangenen Kriegsverbrechen war ein Punkt, den ich in meiner Rede angesprochen habe. So wurden neben Folterungen, systematischen Vergewaltigungen und Massenhinrichtungen wie beim Massaker von Butscha auch etwa 12.000 ukrainische Kinder nach Russland verschleppt. Sie wurden ihren Eltern weggenommen, ihre Dokumente vernichtet und es wurden ihnen neue Namen gegeben, alles um es ihren leiblichen Eltern unmöglich zu machen sie wiederzufinden.

Diese Gräueltaten müssen vor den internationalen Strafgerichtshof in Den Haag gebracht werden.

Die zweite Veranstaltung war die Demonstration von Pul-



→ Die geschwenkte Flagge der Ukraine als weit sichtbares Zeichen der Demonstration.



→ Viele Bürgerinnen und Bürger der Stadt zeigten sich solidarisch mit den Menschen in der Ukraine.



→ Dr. Cornelius Hummel spricht für den Kreisverband bei der Demonstration.

se of Europe, die im letzten Jahr, als der russische Angriffskrieg erst ein paar Tage alt war, bereits auf dem Schlossplatz stattgefunden hatte. Nun jährte sich das Ereignis des Einmarschs zum ersten und hoffentlich zum letzte Mal.

Neben dem Thema Kriegsverbrechen habe ich dort auch zum Thema China gesprochen, da die Veranstaltung mit einer Publikation Pekings zur politischen Lösung des Ukraine-Krieges zusammenfiel. Es wird in dem Papier von Waffenstillstand und Dialog gesprochen. Ich habe in diesem Zusammenhang aber meine Skepsis dazu ausgedrückt, ob die dort geäußerten chinesischen Vorstellungen eines Friedens mit den unsrigen, nämlich eines vollständigen Rückzugs Russlands, übereinstimmen. China ist für seine „prorussische Neutralität“ bekannt, denn billige Energielieferungen sind für die chinesische Wirtschaft wohl wichtiger, als die Beilegung des Krieges. Anders ist es nicht zu erklären, dass die chinesische Führung den Angriffskrieg Russlands bisher nicht offiziell verurteilt hat. Die Haltung des Westens ist darum um so wichtiger, denn China wird unser Verhalten genau beobachten, wenn es um seine Agenda zu Taiwan geht.

Unsere Botschaft muss daher sein: Wer unser System einer freien und demokratischen Welt zerstören will, wird es mit allen Demokraten zu tun bekommen!

STOPP VON DISKRIMINIERUNG VON IRANERINNEN IN DEUTSCHEN STANDESÄMTERN!



Dajana Hummel
Beisitzerin im Kreisvorstand

Monate vor den mutigen Demonstrationen im Iran gegen das Regime der Unterdrückung, erzählte mir ein Mitglied der Liberalen Frauen, dass Iranerinnen, die in Deutschland einen Deutschen heiraten möchten, von deutschen Standesämtern um die Eheeinwilligung männlicher Verwandter geben werden. Zugegeben: Zunächst habe ich ein Missverständnis vermutet. Eben noch mit den Gedanken bei der Ukraine-Demo, zu der wir uns im Vorhof des Stuttgarter Neuen Schlosses getroffen haben, versuchte ich zu begreifen, was dies für diese Frauen und für uns als liberale, offene Gesellschaft bedeutet. Eine Reportage der Deutschen Welle fasst zusammen, was ihr und ihrer Freundin, **Azin Sadathi-Schmutzer** (Stadtgruppe Stuttgart-West), erst kürzlich miten in Stuttgart widerfahren ist. Azin beschreibt es als einen

„Kultur-Schock“. In ihrer Wahlheimat Stuttgart begegnet sie dem Mullah-Regime ausgerechnet in Form schwäbischer Beamter, die ihr und vielen anderen Frauen aufbürden, einen ihrer männlichen Verwandten im Iran um die schriftliche und übersetzte Erlaubnis zu bitten, ihren deutschen Verlobten heiraten zu dürfen. Ein Abkommen aus dem Jahr 1929 ist für diese Praxis verantwortlich, die selbst für Frauen und deren Familien mit guten Verhältnissen zueinander einen finanziellen und bürokratischen Aufwand darstellt. In manchen Fällen besteht ausdrücklich gewünscht gar kein Kontakt zu den Familien. Selten werden die Frauen darüber aufgeklärt, dass die Ehe lediglich im Iran ungültig ist, wenn diese Einverständniserklärung nicht beigebracht werden kann.



→ Die Delegierten zum Bezirksparteitag und Azin Sadathi-Schmutzer

Seit ihren Eheschließungen und den damit verbundenen Erfahrungen, kämpfen die beiden Frauen um Aufklärung und Abschaffung dieser diskriminierenden Praxis. Kurz bevor die Proteste im Iran nach dem gewaltsamen Tod aufgrund eines verrückten Kopftuchs der jungen Kurdin **Jina Mahsa Amini** beginnen, treffe ich noch weitere aus dem Iran in Stuttgart lebende Freundinnen und Cousinen der beiden. Für alle ist es unverständlich, wie es dieses Abkommen ins 21. Jahrhundert einer deutschen Landeshauptstadt schaffen konnte und ich versprach das mindeste zu tun: innerhalb der FDP nach Unterstützung zu werben.

Wenige Tage später verändert sich der Blick auf den Iran, wir beschlossen als Kreisverband einen Antrag einzureichen und die Delegierten auf dem Bezirksparteitag davon zu überzeugen, dass wir uns dieses Abkommens entledigen müssen. Steht er doch gegen alles, was uns Liberalen am Herzen liegt: Eigenverantwortlichkeit, Mündigkeit, Freiheit und zu viel der Einmischung und Bürokratie – auch noch von anderen Staaten! Mit überwältigender Mehrheit wurde der Antrag angenommen und von unseren MdL **Julia Goll** und **Alena Trauschel** weiterverfolgt. Im Ergebnis ließ sich feststellen, dass manche Standesämter bereits heute darauf verzichten, andere aber nicht. **Judith Skudelny** MdB nutzte die Bühne der Staatsoper am traditionellen Dreikönigstreffen, um bundesweit öffentlichkeitswirksam dafür zu plädieren, diese Praxis abzuschaffen. Inzwischen prüfte auch das Bundesjustizministerium, wie Standesämter deutschlandweit damit verfahren. Zumindest innerhalb Baden-Württembergs sind dank des Einsatzes unserer Landtagsabgeordnete alle Standesämter dazu angehalten, auf die Bescheinigung zu verzichten. Das Radio Farda (Radio Freiheit) strahlt Statements von Azin Sadathi-Schmutzer, einer der Leidtragenden, Judith Skudelny und Renata Alt aus, die sich zu dieser Angelegenheit äußern und klarstellen, dass unsere deutschen Standesämter keine verlängerten Arme des iranischen Regimes darstellen.

Ein großes Dankeschön geht an alle Unterstützerinnen und Unterstützer. Allen voran:

- › Justizministerin a.D. **Corinna Werwigk-Hertneck**, der im Wesentlichen die fachlichen Ausarbeitung zu verdanken ist
- › MdB **Judith Skudelny**, die sich für die öffentliche Wahrnehmung eingesetzt hat
- › MdB **Renata Alt** in ihrer Rolle als Menschenrechtsbeauftragten,
- › **Gabriele Reich-Gutjahr**, unserer Kreisvorsitzenden, die uns im Vorhaben vielseitig unterstützt hat,
- › **Gabriele Heise** für sehr zielführende Hinweise
- › **Golaleh Wehnert** und **Azin Sadati-Schmutzer**,
- › allen Delegierten des Bezirksparteitags im November 2022.

GIBT ES NOCH ÄRZTE IN STUTTGART?

INFORMATIONSABEND ZUM THEMA PATIENTEN- VERSORGUNG IN STUTTGART MIT KAI SONNTAG



Wie ist es um die ärztliche Versorgung in Stuttgart bestellt? Müssen wir uns auf noch längere Wartezeiten für einen Termin beim Haus- oder Facharzt einstellen? Über diese und weitere Fragen möchten wir sprechen und möchten Sie dazu herzlich einladen, dabei zu sein:

9. MAI 2023 · 19 UHR
HAUS AM SEE
MÜHLHÄUSER STR. 311
STUTTGART-HOFEN

Als Referent ist der Leiter der Stabsstelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg Kai Sonntag. Er verhilft uns zu einem Überblick über die aktuelle Situation in Stuttgart und einen Ausblick auf die zukünftige Entwicklung.

Wir Vorsitzende der veranstaltenden Stadtgruppen und Vorfeldorganisation freuen uns auf einen interessanten, informativen Abend und eine spannende Diskussion.

FRAUEN-NETZWERK IM KREISVERBAND STUTTGART



Dajana Hummel
Beisitzerin im Kreisvorstand

„Ich fühle mich abgeholt, ohne den Druck, dass etwas von mir erwartet wird.“ „Wenn nicht noch eine weitere Frau am Tisch gesessen hätte, wäre ich vermutlich nicht geblieben.“ So das Feedback einiger Frauen, die den Schritt in die ein oder andere Partei gewagt haben. Ein gutes Bauchgefühl also – das war genau mein Ziel, als ich vor etwa 1,5 Jahren die WhatsApp-Gruppe für insbesondere neu eingetretene Frauen aus dem Kreisverband gegründet habe. „Aus dem Kreisverband“ ist in diesem Zusammenhang eher als geografische Orientierungsgröße zu verstehen. Mit einer Handvoll Personen starteten wir kurz vor Weihnachten 2020 an einem der wenigen Glühweinstände in der Stuttgarter Innenstadt. Inzwischen sind wir auf etwa 20 Personen herangewachsen. Besonders schön: auch Nicht-FDP-Mitglieder mit liberaler Haltung sind in dieser Pilot-Gruppe vertreten und willkommen. Trotz der noch überschaubaren Anzahl an Teilnehmerinnen ist die Vielseitigkeit unserer Mitglieder auffällig und damit der Platz in der Mitte der Gesellschaft klar erkennbar. Pilot deshalb, weil noch viele Lehren aus daraus gezogen werden. Inzwischen wissen wir was – zumindest in der bisherigen Größe – nicht funktioniert: fixe Termine, an denen sich alle treffen können, sind uns kaum gelungen. Auch die Idee rotierender Treffen in unterschiedlichen Gastgeber-Bezirken haben nicht so gefruchtet, wie

wir es uns alle gewünscht hätten. Wahrscheinlich sind wir dafür einfach noch zu wenige.

Spontane Treffen in unterschiedlichen Konstellationen hingegen, sowie der Austausch zu Themen, kleine „Projekt-Gruppen“, um etwas auszuarbeiten oder sich gegenseitig zu unterstützen – dafür hat sich die Gruppe als genau richtig herausgestellt. Das bisherige Ergebnis kann sich sehen lassen: es sind Freundschaften, Veranstaltungen und Anträge entstanden. Vielen bereits bekannt und international in den Fokus gerückt ist unser Vorstoß zur Aussetzung der Eheinwilligung männlicher Verwandter, den Iranerinnen im Standesamt vorlegen müssen, wenn sie einen Deutschen in Deutschland heiraten möchten.

Liebe Leserinnen, wer der Gruppe beitreten möchte, ist herzlich eingeladen. Dafür bitte ich um eine kurze E-Mail an dajana.hummel@fdpstuttgart.de mit Namen, Handynummer und Angabe der Stadtgruppe (wenn möglich)/Wohnort und evtl. Funktion/Mandat.

Die nächsten Veranstaltungen sind: Besuch des Landtags und Gespräch mit MdL Julia Goll oder der Besuch des Weinguts Woehrwag in Untertürkheim.



SOCIAL-MEDIA-FRAUENKAMPAGNE DER FDP STUTTGART



Dr. Cornelius Hummel
Beisitzer im Kreisvorstand
Bezirksbeirat Mitte

In der letzten Ausgabe des „stuttgart liberal“ hatten wir über die Social-Media-Frauenkampagne berichtet. Sie soll der Gewinnung von neuen weiblichen Mitgliedern für unsere Partei dienen. Heute stellen wir Ihnen die ersten drei Teilnehmerinnen **Brigitta Haak**, **Dajana Hummel** und **Susanne Winkler** mit ihren persönlichen Statements vor. Nutzerinnen von Facebook oder Instagram kommen von diesen

Onlineanzeigen über einen Link direkt auf den Onlinemitgliedsantrag der FDP Stuttgart, den sie dort direkt ausfüllen und absenden können.

Wenn auch Sie sich engagieren möchten oder Vorschläge haben, um mehr Frauen für die Partei zu begeistern, dann schreiben Sie mir an cornelius.hummel@fdpstuttgart.de.



DR. FLORIAN TONCAR BEGEISTERT BEIM NEUJAHRSEMPFANG DER FDP DEGERLOCH



André Jörg
Stadtgruppenvorsitzender Degerloch/Hoffeld

Der traditionelle Neujahrsempfang der FDP Degerloch fand in diesem Jahr am 15. Februar im Jugendhaus Degerloch statt. Die FDP-Stadtgruppe Degerloch/Hoffeld konnte in diesem Jahr den parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen und Böblinger Bundestagsabgeordneten **Dr. Florian Toncar** gewinnen der zum Thema „Die Zukunft setzt auf uns – mit Reformen aus der Krise“ referierte.

Der studierte Jurist konnte bereits als Obmann im Wirecard-Untersuchungsausschuss seine finanzpolitischen Kenntnisse unter Beweis stellen. „Wir sind sehr froh, dass wir einen so interessanten Redner mit einem so aktuellen Thema für unseren diesjährigen Neujahrsempfang begeistern konnten“, freut sich der Degerlocher FDP-Stadtgruppenvorsitzende **André Jörg**.

Dr. Toncar zeichnete in seiner Rede das große Bild der verschiedenen Krisen und zeigte anhand konkreter Vorhaben der Ampelkoalition auf, in wie weit sich die FDP bei der Wegbereitung aus den verschiedenen Krisen verdient gemacht hat und wo es konkrete Ansätze für die Gestaltung nach der Krise gibt. Der Vortrag umfasste sowohl die Vorhaben bei der Digitalisierung der Steuerverwaltung, die Einführung einer gesetzlichen Aktienrente sowie die dringend notwendigen Planungsbeschleunigung beim Straßen- und Brückenbau.

Nach einer lebhaften Diskussion und Fragen aus dem Publikum an Herrn Toncar, rundeten die Degerlocher Mandatsträger den Abend ab: **Dr. Thilo Roßberg**, Mitglied im Degerlocher Bezirksbeirat hob die FDP-Initiative zur Wiedereröffnung des Degerlocher Bürgerbüros hervor. In diese



→ v. l. n. r. Bezirksbeirat **Dr. Thilo Roßberg**, **Dr. Florian Toncar** MdB, **Friedrich Haag** MdL, **Stadttrat Eric Neumann** und Stadtgruppenvorsitzender **André Jörg**

FRIEDRICH HAAG ZU GAST IN BOTNANG



Martina Weishaupt
Stadtgruppenvorsitzende Botnang



→ **Florian Toncar MdB**

Kerbe schlug auch der FDP-Gemeinderat **Eric Neumann**, der die Herausforderungen der Stadtverwaltung in Bezug auf die voraussehbare Fluktuation in der städtischen Verwaltung und den daraus resultierenden Personalmangel hervor. **Friedrich Haag** berichtete aus seiner Arbeit im Landtag von der FDP-Initiative zur Verhinderung eines XXL-Landtags nach der nächsten Wahl.

„Wir sind glücklich und zufrieden, dass die diesjährige Veranstaltung an die erfolgreiche Neujahrsempfänge vor der Pandemie anknüpfen konnte“, zog Friedrich Haag Resümee über den Abend, der einen hohen Stellenwert in der Degerlocher Gesellschaft hat.

Bei unserer Stadtgruppensitzung am 23. März 2023 hatten wir unser Mitglied im Landtag **Friedrich Haag** zu Gast. Er hat uns über die aktuellen Themen im Landtag informiert:

- › die Wahlrechtsreform im Landtag Baden-Württemberg
- › den Stand im Untersuchungsausschuss ‚Thomas Strobl‘ und ‚wie wird die Polizei in Baden-Württemberg geführt‘ und die Zustände im Innenministerium
- › die Fördermentalität im Verkehrsministerium
- › das neu geschaffene Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen aus dem leider keine Impulse kommen – es steht die Frage im Raum: was ist Plan und Ziel dieses Ministeriums?



→ v.l.n.r. **Martin Tyszko (stv. Bezirksbeirat)**, **Michael Schumm (stv. Stadtgruppenvorsitzender)**, **Leonie Herrmann (Bezirksbeirätin)**, **Friedrich Haag (MdB)**, **Martina Weishaupt (Stadtgruppenvorsitzende)**, **Silke Siebert (Kassenwartin)**

Danach entfachte sich eine angeregte Diskussion, ob Bildung Ländersache bleiben soll – aufgrund der schlechten Position im Vergleich zu anderen Bundesländern. Baden-Württemberg ist extrem abgerutscht im Ranking! Es war ein sehr interessanter Abend mit viel Information und vor allem lebhafter Diskussion und Austausch. Herzlichen Dank an Friedrich und natürlich an alle unsere Mitglieder der Stadtgruppe.

ÄRZTE IN STUTTGART – GIBT ES NOCH GENUG?



Gabriele Heise

Stadtgruppenvorsitzende Stammheim/Zuffenhausen

Immer wieder berichten die Medien im Land darüber, dass Arztpraxen schließen, weil ein Nachfolger fehlt. Betroffen davon sind nicht mehr nur die „Landarztpraxen“, sondern schon längst auch Praxen niedergelassener Ärzte in Ballungszentren. Auch in Stuttgart müssen Patienten häufig lange auf einen Termin bei einem Facharzt warten, müssen längere Wege in Kauf nehmen oder sich intensiv – und manchmal auch erfolglos – nach einem neuen Arzt umsehen, wenn ihr bisheriger seine Praxis schließt.

Wie ist es um die ärztliche Versorgung in Stuttgart bestellt? Ist gewährleistet, dass jeder Patient auch zukünftig den für ihn passenden Arzt finden wird? Müssen wir uns auf noch längere Wartezeiten für einen Termin beim Haus- oder Facharzt einstellen? Diese Fragen stellen sich derzeit viele Stuttgarterinnen und Stuttgarter.

Wir haben dies zum Anlass genommen, uns dieses Themas intensiver anzunehmen und dazu eine Veranstaltung zu organisieren.

Sie findet als gemeinsame Veranstaltung der Stadtgruppen Nord, Mühlhausen/Münster, Feuerbach, Botnang, Stammheim/Zuffenhausen sowie der Liberalen Senioren statt

**am 9. Mai 2023 um 19 Uhr im Haus am See,
Mühlhäuser Straße 311 in 70378 Stuttgart.**

Als Referenten konnten wir den Leiter der Stabsstelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, **Kai Sonntag**, gewinnen.

Er wird uns einen kenntnisreichen Überblick über die aktuelle Situation in Stuttgart und einen Ausblick auf die zukünftige Entwicklung geben.

Sie alle sind herzlich eingeladen, am 9. Mai mit dabei zu sein. Wir Vorsitzende der veranstaltenden Stadtgruppen und Vorfeldorganisation freuen uns auf Ihr Kommen, auf einen interessanten, informativen Abend und eine spannende Diskussion.



NACHWAHL NEUER BEZIRKSBEIRÄTE IN SILLENBUCH



Steffen Schneider
Stv. Stadtgruppenvorsitzender Sillenbuch

Unsere langjährige Bezirksbeirätin **Johanna Molitor** ist Ende 2022 leider über die Stadtgrenzen Sillenbuchs hinaus weggezogen. Aus diesem Grund musste für die verbleibende Legislaturperiode die Position des Bezirksbeirats neu gewählt werden. Wir danken ihr an dieser Stelle für ihr Engagement und Einsatz für die Bürgerinnen und Bürger Sillenbuchs.

Am 8. März 2023 haben wir uns daher versammelt und ihren bisherigen Stellvertreter **Philipp Bubeck** zum neuen Bezirksbeirat gewählt. Auf die nun vakante Position des Stellvertreters wurde **Andreas Lehrfeld** gewählt.

Die ganze Stadtgruppe Sillenbuch wünscht ihnen viel Erfolg und produktive Sitzungen. Es ist wichtig, dass unsere politischen Gremien eine breite Vielfalt an Perspektiven und Erfahrungen repräsentieren, um die Bedürfnisse und Interessen der Gemeinschaft bestmöglich zu vertreten. Ich hoffe, dass das junge Team einen wertvollen Beitrag leisten und frischen Wind in den Bezirksbeirat bringen wird.



→ **Der neue Bezirksbeirat Philipp Bubeck und sein Stellvertreter Andreas Lehrfeld**

ZEIGT FARBE BEIM CSD!

Nach dem erfolgreichen CSD 2022 wollen wir auch dieses Jahr wieder zum Mitmachen, Mithelfen und Farbe zeigen für Vielfalt aufrufen.

Das diesjährige Motto lautet: „**NICHT MIT UNS!**“ Wir schauen nicht länger zu, sondern gehen für alle, die beleidigt, angegriffen oder niedergeschlagen wurden, auf die Straße! Nur als Community, als große Gemeinschaft, sind wir laut und stark genug, uns zu wehren und klar zu machen: nicht mit uns!

STUTTGART PRIDE

MITMACHEN UND DABEISEIN AM 29. UND 30. JULI 2023

Wer also bei der Organisation mitmachen oder bei der Umsetzung helfen möchte, auf dem Wagen oder am Stand der Hocketse dabeisein will, der meldet sich bitte per Mail an cso@fdpstuttgart.de.

Sobald nähere Informationen feststehen, schreiben wir alle an, die sich gemeldet haben.

Wir freuen uns auf eure zahlreiche Teilnahme!
Euer CSD-Orga-Team der
FDP Stuttgart



UMFRAGE ZUM GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT



Dennis Schad
Stadtgruppenvorsitzender West

Nachdem Ende letzten Jahres **Philip Eberle** aus beruflichen Gründen vom Amt des Stadtgruppenvorsitzenden zurückgetreten ist, habe ich mich sehr gefreut, als die Stadtgruppe mir das Amt anvertraut hat. Damit wurde mir die Verantwortung von 79 Parteifreunden übertragen und somit über eine der größten Stadtgruppen in Stuttgart.

In der letzten Umfrage zum gesellschaftlichen Zusammenhalt hat der Stuttgarter Westen mit dem 6. Platz nicht schlecht abgeschlossen. Vor allem im Bereich soziale Beziehungen und Akzeptanz von Diversität schneidet unser Stadtbezirk sehr gut ab, jedoch herrscht insbesondere bei Gerechtigkeitsempfinden und soziale Teilhabe ein Unmut bei den Bürgern. Die Umfrage hebt hervor, dass kommunales Interesse und Engagement außerhalb von Beruf und Familie zu wünschen übrig lassen. Und genau dort müssen wir ansetzen, mit öffentlichem Auftreten nicht nur im Bezirksbeirat, sondern auch in der Öffentlichkeit und auf dem Markt – wie beispielsweise mit der Ostereieraktion, bei der auch wir teilnehmen und am 1. April auf dem Markt am Bismarckplatz vertreten sind. Dort können wir Leute für unsere liberale Sache gewinnen. Dies können wir schaffen durch Kooperationen mit anderen Vereinen und Verbänden wie den JuLis oder anderen Interessengruppen, die wir bisher noch nicht auf dem Schirm haben.

Nun zu meiner Person: Ich bin **Dennis Schad**, 24 Jahre alt und arbeite als Softwareentwickler im Automobilbereich. Nach meinem Studium der Mechatronik bin ich 2021 nach Stuttgart gekommen und habe mich direkt vor Ort für liberale Politik bei den JuLis im Vorstand sowie bei der FDP eingesetzt. Meine Ideen versuche ich als Stellvertreter im Bezirksbeirat einzubringen und dort Gutes für die Gesellschaft vor Ort zu bringen.

Im Rahmen dessen möchte ich auch auf unsere Stadtgruppensitzungen hinweisen, die regelmäßig jeden zweiten Mittwoch im Monat stattfinden, der Ort wechselt jedes Mal.

Folgende Termine stehen bereits fest: 12. April, 10. Mai, 14. Juni, 12. Juli. Die Sitzungen beginnen jeweils um 19 Uhr.

Ich freue mich auf zahlreiches Erscheinen – gerne gesehen sind auch Gäste aus anderen Stadtgruppen.



→ **Wie steht es um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in den 23 Bezirken? Antworten darauf liefert eine auf kommunaler Ebene einzigartige Studie der Stadtverwaltung, die die Sozialverwaltung und das Statistische Amt vorgestellt haben.**

ENTSCHEIDENDE WEICHENSTELLUNGEN FÜR DIE ZUKUNFT BAD CANNSTATTS



Dr. Timur Lutfullin

Stadtgruppenvorsitzender Bad Cannstatt
Bezirksbeirat Bad Cannstatt

Bad Cannstatt steht am Scheideweg. Seit Ende letzten Jahres ist das prägende Kaufhof-Gebäude am Wilhelmsplatz endgültig Geschichte. Mit dem Ende des Sektherstellers Rilling auf der anderen Neckar-Seite stellt ein weiteres Traditionsunternehmen im größten Stuttgarter Bezirk im Herbst seinen Betrieb ein. Und die Vorbereitungen für den Abriss der maroden Rosensteinbrücke sind in vollem Gange. Mehr denn je stellt sich die Frage, wie es künftig im Bezirk weitergehen soll. Die Antworten darauf, wie es mit diesen Projekten weitergeht, werden für Jahrzehnte das Bild Bad Cannstatts prägen.

Aus Sicht der FDP Bad Cannstatt braucht es hier Lösungen, die den Bezirk attraktiv und lebenswert machen. Statt einem Klein-Klein bei jedem einzelnen Projekt, muss der Blick auf das große Ganze gerichtet werden. Eine rasche Bebauung des ehemaligen Kaufhof-Areals mit Flächen für Einzel-

handel, Gewerbe sowie Wohnnutzung ist zentral, reicht aber allein nicht aus. Die Cannstatter Altstadt darf nicht von der anderen Neckarseite abgeschnitten werden, indem die PKW-Durchfahrt auf der neuen Rosensteinbrücke für PKW verboten wird, wie es der linken Mehrheit im Gemeinderat vorschwebt. Denn dann bleiben viele potenzielle Kunden weg und die Attraktivität des Standorts sinkt. Nicht zuletzt ist die Möglichkeit einer Brückenüberquerung wichtig für die Neckarvorstadt, wo nach seiner künftigen Neugestaltung das Rilling-Areal zum neuen Aushängeschild am Fluss werden muss.

Die Bedeutung dieser Weichenstellungen für Bad Cannstatt werden wir Liberale gerade auch im kommenden Wahlkampf für die Gemeinderatswahl offensiv vortragen. Zugleich setzen wir uns dafür ein, dass diese Themen im Programm der FDP Stuttgart zur Gemeinderatswahl klar verankert werden. Als Stadtgruppe sind wir mit einer guten Mischung aus Jung und Alt, männlich und weiblich aufgestellt und freuen uns auf die kommenden Herausforderungen.



→ **Stadtgruppensitzung im Januar 2023**
im Restaurant „Match“ des Cannstatter Tennisclubs

PODIUMSDISKUSSION: „ABSTURZ IM BILDUNGSTREND: WAS MUSS SICH IN UNSEREN SCHULEN VERÄNDERN?“



Klara Fischer
Stadtgruppe Mitte/Süd

Die FDP in Baden-Württemberg fordert „weltbeste Bildung“. Dieses Ziel wird laut dem neusten IQB-Bildungstrend 2021 in unserem Bundesland nicht mehr erreicht. Die FDP-Stadtgruppe Mitte/Süd hat es sich deshalb am 7. März 2023 zur Aufgabe gemacht, der Frage nachzugehen: „Absturz im Bildungstrend – Was muss sich in unseren Schulen ändern?“. Auf dem Podium haben neben **Alena Trauschel MdL**, Sprecherin für Berufliche Bildung der FDP-Landtagsfraktion, **Prof. Dr. Christine Sälzer**, Professorin für Erziehungswissenschaft an der Universität Stuttgart und **Detlef Storm**, Rektor der Grund- und Werkrealschule Rosensteinschule diskutiert.

Die Diskussion hat gezeigt, dass man tatsächlich von einem Absturz der schulischen Leistungen in Baden-Württemberg

sprechen kann. Es wurde deutlich, dass es Tatsachen gibt, die eigentlich seit Langem bekannt sind: Es fehlen Lehrkräfte, die Schülerschaft hat sich verändert, in Baden-Württemberg und v.a. in Stuttgart wird der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund weiter zunehmen (was als Chance anzusehen ist) und die Schulen haben zu viele Aufgaben im Bereich Verwaltung und Digitalisierung, die sie selbst bewältigen müssen. Auf diese Entwicklungen braucht es Antworten.

Hier werden Lösungsansätze auch seit Langem von verschiedenen Seiten aufgezeigt: Es müssen mehr Lehrer und pädagogisches Personal angestellt werden, damit alle Schülerinnen und Schüler optimal gefördert werden können. Vorschulen und gut ausgebaute, freiwillige Ganztagsmodel-



→ Auf dem Podium: (v.l.n.r.) Detlef Storm, Alisa Ambro, Alena Trauschel MdL, Klara Fischer und Prof. Dr. Christine Sälzer



→ **FDP-Abgeordnete Alena Tauschel Mdl**

le für Grundschulen wie an der Rosensteinschule können die Schülerinnen und Schüler zusätzlich fördern, denen zu Hause Unterstützung fehlt. Damit die Lehrkräfte sich auf das Unterrichten konzentrieren können, bedarf es einem Bürokratieabbau und professioneller Unterstützung bei der Digitalisierung, forderte Alena Tauschel.

Die Tatsachen und Lösungsmöglichkeiten sind bekannt und obwohl der IOB-Bildungstrend mehr als deutlich gezeigt hat, dass man jetzt handeln muss, passiert von Seiten der Landesregierung viel zu wenig! Stattdessen wurde unter Winfried Kretschmann 2012 – allen wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Trotz – in Baden-Württemberg die verbindliche Grundschulempfehlung abgeschafft. Alena Tauschel fand hier deutliche Worte: Die verbindliche Grundschulempfehlung muss wieder eingeführt werden. Nicht nur die Studienergebnisse sind also alarmierend, sondern vor allem die aktuelle Landesregierung, die den Tatsachen nicht ins Auge sieht. Statt Lösungen anzugehen, macht Sie einfach weiter wie bisher.

Wir bedanken uns herzlich bei allen Podiumsteilnehmern und den interessierten Zuhörern und Fragestellern!



**SIE BENÖTIGEN
EINE NEUE
WEBSEITE FÜR ...**

**... IHREN VERBAND?
... IHREN KANDIDATEN?**



BEISPIELE UNTER WWW.FDPWEBSERVER.DE



thinkliberal.de

Bei uns finden Sie neben klassischen Werbemitteln, wie Stofftaschen, Aufklebern und Grußkarten, auch Artikel für Ihren Wahlkampf vor Ort. Dazu gehören u.a. Bauzaunbanner, Hohlkammer- oder Großflächenplakate. Unser Angebot umfasst außerdem Messe- und Kongressequipment, sowie Drucksachen, wie z.B. Tischaufsteller, Visitenkarten uvm. im aktuellen Design der Freien Demokraten und Jungen Liberalen.

Wir bieten Ihnen dabei die Möglichkeit bei einer Bestellung ein bereits vorhandenes Layout oder ein individuell für Sie gestaltetes Design auszuwählen. Die gesamte Abwicklung der Bestellung ist dabei immer inklusive.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch unserer Webseite!

Ihr Shop für FDP Werbemittel



BTW MARKETING | Inhaber: Michael Szopieray
Burgstraße 27 | 59368 Werne | Telefon: 0 23 89 / 9261-170
info@thinkliberal.de | www.thinkliberal.de

AUSTRITT VON SIBEL YÜKSEL AUS DER FDP



Gabriele Reich-Gutjahr
Kreisvorsitzende der FDP Stuttgart

Ende März hat **Sibel Yüksel** ihre Mitgliedschaft in der FDP beendet und ihren Austritt aus der FDP-Gemeinderatsfraktion erklärt.

Wir respektieren ihre Entscheidung und bedanken uns für die vielen Jahre, in denen sie sich in der Stadtgruppe West, im Bezirksbeirat und als sachkundige Bürgerin im Internationalen Ausschuss für die FDP und die Stadtgesellschaft eingesetzt hat. Wir hätten es begrüßt, wenn sie auch ihr Mandat abgegeben hätte. Sie hat sich anders entschieden und will als unabhängige Gemeinderätin im Gemeinderat bleiben.

Den Worten der Gemeinderatsfraktion auf Facebook schließen wir uns an:

„Liebe Sibel, wir danken Dir für den Weg, den Du in den letzten Jahren gemeinsam mit der FDP-Gemeinderatsfraktion gegangen bist – in deiner Rolle als Stadträtin und als unsere Fraktionsvorsitzende. Mit Deinem großen gesellschafts- und sozialpolitischem Engagement hast Du in der Stuttgarter Kommunalpolitik manche Themen erfolgreich vorangetrieben. Unnachgiebig und konsequent hast Du Missstände in der Stadt nicht nur benannt, sondern mit Deinen Ideen oft auch für eine nachhaltige Verbesserung gesorgt. Wir Freien Demokraten glauben an die schöpferische Kraft des Diskurses und des Ringens um die beste Lösung. Wir bedauern Deine Entscheidung, diesen Diskurs nun außerhalb unserer Fraktion und außerhalb der FDP fortführen zu wollen. Wir wünschen Dir für Deinen weiteren Weg viel Freude an den Dingen, die gelingen und Gelassenheit bei denen, die nicht gelingen. Genieße den Raum und die Zeit, die Du nun für Dich gewinnst.“

S-BAHN AUS DEM TAKT



Armin Serwani
Stadt- und Regionalrat

Die Stuttgarter S-Bahn ist eine der tragenden Säulen im ÖPNV und nicht nur für die Region, sondern auch für uns Stuttgarter von großer Bedeutung. Über 100 Millionen Fahrgäste nutzten 2022 die S-Bahnen. Deshalb sind die seit längerer Zeit andauernden Weichen- und Stellwerksstörungen und Zugausfälle bei der S-Bahn mehr als ärgerlich. Die Informationen im Verspätungsfall lässt immer noch sehr zu wünschen übrig und muss deutlich verbessert werden.

Die Pünktlichkeit hat enorm nachgelassen und liegt nur noch bei 80,2 % statt der vereinbarten 94,5 % Zielwert bei 3 Minuten Verspätung. Großen Einfluss haben natürlich auch die Bauarbeiten, die helfen sollen, künftig die vereinbarte Pünktlichkeit wieder zu erreichen. Besonders die Stammstreckensperrung zwischen Hauptbahnhof und Vaihingen während der Sommerferien wird wieder zu einer starken Belastung für uns Fahrgäste werden, denn die S-Bahnen fahren dann nur im 30-Minuten-Takt. Hier muss die S-Bahn zusammen mit der SSB und der Stadt Stuttgart einen guten und reibungslosen Schienenersatzverkehr in Stuttgart anbieten. Da dürfen aber viele Baustellen auf den Straßen nicht zusätzlich zum Verkehrschaos und Verspätungen führen.

Wir möchten selbstverständlich eine Modernisierung der Infrastruktur des Schienenknoten Stuttgart und befürworten alle Maßnahmen, die zu Verbesserungen führen. Allerdings erwarten wir von der S-Bahn, DB Netz und Verwaltung frühzeitig über alle geplanten Maßnahmen und Ersatzverkehre im Gemeinderat informiert zu werden.

STRZERO: FLUGHAFEN AUF DEM WEG ZUR KLIMANEUTRALITÄT



Dr. Matthias Oechsner
Vorsitzender FDP-Gemeinderatsfraktion

Nach wie vor gehört Fliegen zu den CO₂-ungünstigsten Fortbewegungsmöglichkeiten, auch wenn es bei Verbrauch und Ausstoß von klimaschädlichen Stoffen in den letzten Jahren große Fortschritte gegeben hat. Allen müsste klar sein, dass es eine Zukunft ohne die Luftfahrt nicht geben wird und daher ist es eine richtige Entscheidung des Flughafen Stuttgart sich auf den ambitionierten Weg zu begeben mit STRzero im Jahr 2040 einen klimaneutralen Flughafen zu betreiben.

Erste Schritte mit Pilotcharakter, wie z.B. die Umstellung auf E-Busse sind bereits Realität. Zugegeben, der Flughafen als Wirtschaftseinheit hat nur bedingt mit den Umweltfolgen des Fliegens zu tun und daher freut es uns, dass die Bemühungen der Flughafengesellschaft nicht an der eigenen Haustüre enden. Wir Freien Demokraten konnten uns bei einem Besuch über die vielfältigen und ambitionierten Vorhaben informieren. Die Bereitstellung von grünem Strom auf dem Vorfeld, das steigende Angebot an SAF (Sustainable Aviation Fuel), die Ausgestaltung der Flughafengebühren in Abhängigkeit von Verbrauch und Umweltverträglichkeit, das Engagement im Bereich der H₂-Technologien, sind allesamt geeignet, den Fluggesellschaften substanzielle Hilfestellungen zu geben, den Flugbetrieb bis Mitte des Jahrhunderts klimaneutral zu gestalten. Wir sind davon überzeugt, dass die finanziellen Mittel die das Projekt STRzero benötigt sehr gut angelegt sind und darüber hinaus einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Sicherung des Wirtschaftsstandort Stuttgart liefern.

SPIEL, SPASS, SPANNUNG UND WOHNUNGSBAU



Eric Neumann
Stadtrat

Einige unter uns erinnern sich vielleicht noch an den Werbespot für Überraschungsei aus den 90ern, in dem sich ein Kind etwas Spannendes, etwas zum Spielen und Schokolade wünscht. „Das sind ja gleich drei Sachen auf einmal“ entgegnet die Mutter. In diesen Werbespot fühlt man sich versetzt, wenn man sich die Anforderungen der Politik an die Immobilienwirtschaft anhört: bis 2033 sollen in Stuttgart 20.000 neue Wohnungen in den Bau gehen. Günstig müssen sie sein, emissionsarm, besser noch: komplett klimaneutral, und natürlich sollen sie dort entstehen, wo es den Nachbarn nicht stört, der in seinem handtuchgroßen Vorgarten ein Brutgebiet des seltenen Wendehalses vermutet. Im Werbespot findet die Mutter die Lösung für die vielfachen Wünsche des Kindes (dank kompetenter Beratung ihres Sohnes): ein Überraschungsei. In Stuttgarter Wohnbaufragen heißt das Überraschungsei „Bündnis für Wohnen 2.0“, und der beratende „Sohn“ heißt Martin Körner, der nun die Eckpunkte für die Neuauflage dieses Bündnisses mit der Immobilienwirtschaft dem Gemeinderat vorstellte. Leider kam dieses Ü-Ei bei links-grün nicht ganz so gut an, wie beim Kind im Werbespot. SIM-Quote zu gering, 20.000 Wohnungen sind zu wenig, und alles viel zu langsam. Offenbar ist der Gemeinderat noch nicht oft genug an den Realitäten im Wohnungsbau gescheitert und glaubt weiterhin, dass immer neue und höhere Anforderungen das Problem lösen. „Dann gibt es eben gar nichts!“ sagte die Mutter, nachdem das Kind das Ü-Ei verschmähte ...

„STRASSEN-KARIES“



Dr. Matthias Oechsner
Vorsitzender FDP-Gemeinderatsfraktion

Was ist dran an dem Artikel in der Stuttgarter Zeitung vom 11. Januar dieses Jahres? Offensichtlich doch nicht nur eine Kleinigkeit, sondern ein Problem, dass wir Liberalen bereits seit Jahren benennen und bemängeln. Es stimmt zwar, dass die Unterhaltsmittel für die Infrastruktur der Stadt, somit die Mittel zum Erhalt eines Teils des Vermögens der Stadt, in den letzten Jahren erhöht wurden, jedoch nicht in dem Maß, in dem es notwendig wäre, die Abschreibung bzw. den einfachen Verschleiß kontinuierlich zu erneuern. Die Verwaltung trifft diesbezüglich keine Schuld, denn der Gemeinderat wird in den verschiedensten Vorlagen über die Situation unterrichtet.

Woran also kann es dann liegen, dass zwar mehr, aber offensichtlich nicht genug finanzielle Mittel in den Erhalt der Straßen, Brücken, Treppenanlagen und Gehwege bereitgestellt werden? Wird womöglich die Verkehrssicherheit auf dem Altar der autofreien Stadt geopfert, ganz nach dem Motto, wo keine vernünftigen Verkehrswege existieren, gibt es auch keinen Verkehr? So weit wollen wir hier jedoch nicht gehen, Fakt ist allerdings, dass sich alle Fraktionen zum Doppelhaushalt 2024/25 ganz intensiv Gedanken machen müssen, wie mit dem städtischen Infrastrukturvermögen umzugehen ist. Findet hier keine Trendwende statt, werden Schlaglöcher in den Straßen unserer Stadt womöglich unser kleinstes Problem darstellen, denn in Stuttgart gibt es auch eine Menge an Brücken und Tunneln, die einer kontinuierlichen Erneuerung bedürfen.

49-€-TICKET KOSTENLOS FÜR MITARBEITENDE DER STADT



Armin Serwani
Stadt- und Regionalrat

Das 49-€-Ticket für die Nutzung im bundesweiten öffentlichen Nahverkehr kommt zum 1. Mai 2023. Der Stuttgarter Gemeinderat hat nun beschlossen, für alle städtischen Mitarbeitenden die Kosten voll zu übernehmen. Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Klinikums und der freien KiTa-Träger kommen in diesen Genuss. Gleichzeitig wird an die Beteiligungsunternehmen der Stadt appelliert, ihren Mitarbeitenden ebenfalls ein kostenloses ÖPNV-Ticket anzubieten. Wir hoffen, dass auch viele private Firmen ihren Mitarbeitenden dieses steuerfreie Ticket anbieten.

Damit werden unsere städtischen Arbeitsplätze attraktiver und es wird hoffentlich leichter, wieder Personal zu gewinnen, welches wir dringend benötigen. Auch wird dieses Ticket dazu beitragen, den Umstieg vom Auto auf die öffentlichen Verkehrsmittel zu erleichtern, was zu einer Entlastung des Verkehrs führen wird. Dies hilft unserem Ziel, 2035 in Stuttgart klimaneutral zu sein, ganz erheblich.

Eine deutliche Steigerung der Nutzer im öffentlichen Nahverkehr führt allerdings auch dazu, dass wir unser Nahverkehrsangebot steigern müssen. Deshalb muss unsere SSB mit zusätzlichen finanziellen Mitteln aus dem städtischen Haushalt ausgestattet werden, damit sie ihr Angebot ausweiten kann. Auch die Bevorrechtigung von Stadtbahnen und Bussen auf unseren Straßen sollte fortgeführt werden. Wir Freien Demokraten unterstützen alle Maßnahmen, freuen wir uns doch auch über einen gut funktionierenden und gut ausgebauten ÖPNV.

PLATZMANGEL BEI DER FEUERWEHR



Dr. Matthias Oechsner
Vorsitzender FDP-Gemeinderatsfraktion

Es ist eine bekannte Tatsache, dass es mit den räumlichen Ausstattungen bei der Berufsfeuerwehr nicht zum Besten steht. Der Umstand ist erkannt und es gibt bereits Pläne wie die großen Feuerwachen in den nächsten Jahren erneuert und saniert werden können und werden. Auch wenn dies noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird, ein Anfang ist gemacht und wir Liberalen sehen hier eine positive Entwicklung. Etwas unbefriedigender ist die Lage bei den Liegenschaften der Freiwilligen Feuerwehren. Eine Vielzahl der Feuerwehrhäuser bedarf der grundlegenden Sanierung und nur bei den Wenigsten gibt es bereits einen konkreten Plan.

Vor dem Hintergrund der wichtigen Rolle der Freiwilligen Feuerwehren im Sicherheitskonzept der Feuerwehr muss hier schnellstmöglich Abhilfe geschaffen werden und die entsprechenden Mittel im nächsten Doppelhaushalt eingestellt werden. Die letzte Baustelle, die es anzuführen gibt, ist der drohende Wegfall des Ausbildungszentrums der Feuerwehr. So unumstritten es ist, dass die AWS ein neues und ausreichendes Betriebsgelände benötigt, so unumstritten müsste es eigentlich auch sein, dass eine Feuerwehr in der Größe der Stuttgarter Feuerwehr ein Gelände für ein Aus- und Weiterbildungszentrum benötigt. Die bisherigen Suchläufe waren offensichtlich nicht erfolgreich. Wir Liberalen sind der Ansicht, dass in dieser Angelegenheit alle Kräfte aufgeboten werden müssen um der Feuerwehr auch in Zukunft die notwendigen Räume für ihr Ausbildungsprogramm zur Verfügung zu stellen.

IMMER DIESE SACHE MIT DER KOMMUNIKATION



Eric Neumann
Stadtrat

So richtig rund läuft es in Sachen Kommunikation gerade nicht in der Stadtverwaltung. Auf der einen Seite scheut man keine Kosten und Mühen, die Bürgerschaft Stuttgarts an den Vorgängen in der Stadt teilhaben zu lassen. Mit einer gelungenen Kampagne wird zum Beispiel gerade zur Beteiligung am Bürgerhaushalt aufgerufen und ein „Beteiligungsbeirat“ sucht nach Möglichkeiten, die Bürgerbeteiligung in Stuttgart zu verbessern.

Auf der anderen Seite leistet sich die Verwaltung jedoch echte Fauxpas in Sachen Kommunikation und Beteiligung. Anfang Februar hatte die Verwaltung öffentlich zugeben müssen, dass man den Bezirksbeirat Münster bei einer Entscheidung zur Umnutzung eines Flurstückes in den Weinbergen übersehen hat. Noch fataler wirkt sich die holprige Kommunikation am Beispiel Schönberg aus, wo überraschend aus einem leer stehenden ehemaligen Pflegeheim der Bruderhausdiakonie eine Interimsunterkunft für Geflüchtete entstehen soll. Hier hatte sich eine engagierte Bürgerschaft vor Ort schon viele Jahre dafür eingesetzt, das Gebäude als Pflegeheim zu erhalten. Immer wieder wurde versprochen, ein bereits vorhandenes Konzept zu präsentieren – ein bisher unerfülltes Versprechen. Die Folge: das Misstrauen wächst und der Unmut wird inzwischen von Kräften ausgenutzt, die generell Vorbehalte gegen Flüchtlinge schüren wollen. Hier wäre keine Hochglanzkampagne oder kein Beteiligungsbeirat gefragt gewesen, sondern schlicht ein bisschen mehr Empathie in der Kommunikation und Verständnis für die Bedenken der Anwohnerinnen und Anwohner.

GEMEINSAME HERAUSFORDERUNGEN BRAUCHEN GEMEINSAMES VORGEHEN: FILDERLIBERALE REAKTIVIEREN ZUSAMMENARBEIT



Friedrich Haag
MdL



Dennis Birnstock
MdL

Die Autobahn A8, die Hochschul- und Forschungslandschaft, der Flughafen Stuttgart samt künftigem ICE-Halt, die Messe, die Bundesstraße B27, der Wohnraumbedarf im Speckgürtel Stuttgarts sowie die Landwirtschaft – all das und noch viele weitere Themen betreffen den gesamten Filderraum in mehr oder weniger starker Ausprägung.

Für diese Rahmenbedingungen und gemeinsamen Herausforderungen, sollten auch gemeinsam Antworten und Lösungen entwickelt werden, da waren sich die Freien Demokraten auf den Fildern einig. Daher fanden sich die FDP-Ortsverbände DON (Denkendorf, Ostfildern u. Neuhausen), Filderstadt, Leinfelden-Echterdingen, Möhringen, Plieningen/Birkach, Degerloch, Sillenbuch und Vaihingen zusammen, um die FilderLiberalen, die bereits zu früheren Zeiten schon eng zusammengearbeitet haben, zu reaktivieren. Wie damals, sind auch jetzt zwei Landtagsabgeordnete mit von der Partie. Für den Stuttgarter Teil ist dies **Friedrich Haag**

MdL, dessen Großvater damals die FilderLiberalen mitbegründet hat. Für die Ortsverbände aus dem Landkreis Esslingen, die früher vom ehemaligen Fraktionsvorsitzenden der FDP/DVP-Landtagsfraktion, **Dr. Ulrich Noll**, vertreten waren, ist es nun **Dennis Birnstock MdL**.

Beide Abgeordnete freuen sich über die Reaktivierung und versprechen sich gemeinsam mehr Schlagkraft. „Wir sind froh, dass wir an die frühere Arbeit anknüpfen können und schon damals hat sich gezeigt, dass es auf den Fildern gemeinsame Herausforderungen gibt, die man zusammen angehen sollte“, so Friedrich Haag. „Aus den zahlreichen Themen lassen sich sowohl landespolitische Impulse generieren, als auch kommunalpolitische Strategien entwickeln – ganz nach dem neuen Motto: Regional denken, lokal handeln“, blickt Birnstock in die Zukunft.

Weitere Informationen finden Sie unter: filderliberale.de



BAUPROZESSE BESCHLEUNIGEN, E-FUELS IN DIE FLÄCHE BRINGEN UND DEN LANDTAG VERKLEINERN



Friedrich Haag
MdB

MIT DER „E-KLASSE“ GÜNSTIGER BAUEN

Die Baubranche ist in der Krise. Baukosten steigen ins Unermessliche. Viele Häuslebauer können sich den Traum vom Eigenheim nicht länger leisten, Bauträger stoppen ihre Projekte für Mehrfamilienhäuser. Architekten sind zudem durch zu viele Regelungen stark eingeschränkt. Das Ergebnis: Bauvorhaben verzögern sich oder werden reihenweise nicht realisiert. Eine konkrete Lösung für das Problem könnte die Einführung der neuen Gebäudeklasse „E“ sein, für die sich auch die Bundesarchitektenkammer stark macht. Als wohnungsbaupolitischer Sprecher der FDP-Fraktion habe ich deshalb einen Antrag an die Landesregierung gestellt, in dem ich abfrage, welche Möglichkeiten es für die Einführung der neuen Gebäudeklasse bei uns gebe. „E“ steht für „einfach“ oder „experimentell“. Der Gebäudetyp würde eine starke Reduzierung des Regelwerks bei Bauvorhaben mit sich bringen. Dazu gehören beispielsweise Abstriche bei den Lüftungsanlagen oder beim Lärmschutz. Dennoch werden die wesentlichen Ziele der Landesbauordnung umgesetzt. Durch diese Beschränkung auf das Wesentliche wird eine kostengünstige und schnelle Bauweise ermöglicht. Für die Bauherren bedeutet das mehr Entscheidungsfreiheit sowie weniger bürokratischen und finanziellen Aufwand. Nicht nur sie würden profitieren – mit der „E-Klasse“ könnte das Land einen Prestigegewinn verzeichnen und beweisen, dass der anvisierte Bürokratieabbau ins Rollen kommt. Alle staatlichen Wohnbau-Maßnahmen in jüngster Vergangenheit waren nicht mehr wie der Tropfen auf den heißen Stein. Weder mit einer 6000-Euro-Realisierungsprämie für bestimmte Wohneinheiten, noch mit der Schaffung von Wohnungen in Denkmälern lassen sich die grundlegenden Probleme lösen: hohe Baukosten, langwierige Verfahren beim Bauen, überbordende Bürokratien und hindernde Vorschriften.

VOLLER EINSATZ FÜR SYNTHETISCHE KRAFTSTOFFE IM LAND

Ein Durchbruch für den Klimaschutz im Verkehr: Die Bundesregierung hat Ende Februar beschlossen, dass E-Fuels für Verbrenner-Autos in Deutschland zugelassen werden. Auch der synthetische Dieselmotortreibstoff HVO 100 darf damit zukünftig frei und in Reinform an allen Tankstellen getankt werden. Das sichert Arbeitsplätze im Automobilhandwerk Baden-Württemberg, Wertschöpfung und Wohlstand. Umso passender ist es, dass wir 2023 eine Fraktionskampagne zum Thema durchführen und auf Veranstaltungen, in Flyern und auf unserer Webseite über Chancen der synthetischen Kraftstoffe informieren. Auftakt der Reihe „Kraftstoffe für Klimaschutz: E-Fuels“ war im Autohaus Gerstel in Pforzheim. Rund 150 Interessierte hatten sich angemeldet, sodass wir vor Beginn noch ordentlich nachbestuhlen mussten. Über diese Resonanz und die persönlichen Gespräche mit den Besuchern habe ich mich sehr gefreut. Neben mir als Sprecher für individuelle Mobilität waren als Experten auf dem Podi-



→ Teilnehmer der Podiumsrunde im Autohaus Gerstel in Pforzheim.

um mit dabei: **Prof. Dr. Thomas Koch** (Leiter Institut Kolbenmaschinen am Karlsruher Institut für Technologie KIT), **Werner Steber** (Geschäftsführer Zentralverband Deutsches KfZ-Gewerbe ZDK) sowie **Timo Gerstel** (Geschäftsführer Autohaus Gerstel). Begrüßung und Ausblick erfolgte durch unseren Fraktionsvorsitzenden **Dr. Hans-Ulrich Rülke**. Ein Fazit des Abends: Zwei Drittel der Bevölkerung besitzen ein Verbrenner-Fahrzeug. Mobilität ist ein Grundbedürfnis. Menschen sind in der Stadt wie im ländlichen Raum auf ein eigenes Auto angewiesen. E-Fuels, aus erneuerbarer Energie hergestellte Kraftstoffe, ermöglichen weitgehend klimaneutrale Mobilität, auch für Bestandsfahrzeuge. E-Mobilität hingegen ist einseitig auf den Neuwagenmarkt ausgerichtet. Weitere Termine sowie Informationen zu E-Fuels finden Sie auf unserer Fraktions-Webseite www.fdp-landtag-bw.de.

FÖRDERSUMPF OHNE ENDE

Schon seit Herbst vergangenen Jahres versuche ich Licht in die Förderpraxis des Verkehrsministeriums zu bringen, wenn es um Projekte für die E-Mobilität geht. Mein zweiter Antrag zum Thema lieferte erneut die Erkenntnis: Das Fördergeschehen ist nicht klar strukturiert, und Minister **Winfried Hermann** kriegt gar nicht alles mit – selbst wenn es um mehr wie eine halbe Million Euro an Steuergeldern geht, die ein Fahrschulverband eines grünen Parteigenossen erhielt. Es ist mir unverständlich, dass bei dieser Summe die so genannte Zentralstelle des Ministeriums nicht beteiligt war! Wie kann es sein, dass solche Fördersummen ohne Ausschreibung und Wettbewerb vergeben werden?

Nach wie vor kann ich kein erhebliches Landesinteresse daran erkennen, wenn Fortbildungstage für Elektromobilität in der Fahrschule konzipiert werden, während Verbände so etwas längst berücksichtigen. Auch die Entwicklung digitaler Lehrmittel ist ureigenste Aufgabe der Fahrschulen und ihrer Bildungseinrichtungen. Hier braucht es keine Steuergelder. Treffend titulierte die Stuttgarter Nachrichten die Praxis im Verkehrsministerium als „Fördersumpf“. Gemeint

ist damit auch die Kampagne „eAuto ausprobieren“. Ausgewählte „Moderierende“ erhielten über die Landesverkehrswacht geleaste E-Autos, mit denen sie Interessierte von der Anschaffung eines batteriebetriebenen Wagens überzeugen sollen. Die Personen nutzen die Batterieautos auch privat und haben sogar teilweise ihrer Verbrenner verkauft. Deshalb sehe ich der Evaluation des Projekts, das rund 400.000 Euro Steuergelder kostete, mit Spannung entgegen. Winfried Hermann behauptet in seiner Antwort, die privaten Fahrten seien notwendig, damit sich die „E-Auto-Moderierenden“, die Probefahrten anbieten, Praxiswissen über E-Autos aneignen und weitergeben können. Statt jetzt die erheblichen Zweifel des Landesrechnungshofs und von Wirtschaftsrechtsexperten an der Rechtmäßigkeit ernst zu nehmen, feiert sich der Minister im Nachhinein noch dafür. Mehr Informationen zu den dubiosen E-Mobilitäts-Förderprogrammen lesen Sie in Beiträgen auf meiner Internetseite www.friedrich-haag.de.

FAKTCHECK ZUR VERKLEINERUNG DES LANDTAGS

Ein Die FDP-Fraktion lud Experten und interessierte Bürgerinnen und Bürger in den Landtag. Beim Faktencheck „Kein XXL-Landtag“ ging es um das im vergangenen Jahr beschlossene neue Landtagswahlrecht und seine Konsequenzen sowie um unseren Gesetzentwurf zur Verkleinerung des Parlaments. Gekommen waren rund 250 Gäste, die vor allem wissen wollten, was wir mit dem Gesetzentwurf verfolgen und wie unser Plan aussieht, einen XXL-Landtag zu verhindern. Konkret: Die Fraktion schlägt vor, die Wahlkreise und Wahlkreise und Direktmandate von 70 auf 38 zu verringern, um die Wahrscheinlichkeit von Überhang- und Ausgleichsmandaten drastisch zu reduzieren. Damit wollen wir zurück auf die Sollgröße von 120 Abgeordneten und den Landtag effizient halten und Kosten sparen. Den anderen demokratischen Fraktionen geht es um Pfründe, die sie nicht verlieren wollen. Wir streben deshalb auch ein Volksbegehren zum Landtagswahlrecht an, sollte unser Vorschlag auf Reduktion der Wahlkreise in wenigen Wochen nicht angenommen werden. An der Diskussionsrunde nahm unter anderem **Prof. Dr. Joachim Behnke** (Politikwissenschaftler an der Zeppelin Universität Friedrichshafen) teil. Er verglich den Status Quo bildhaft mit einem Hausbau auf einem gewittergefährdeten Berggipfel unter Verzicht auf einen Blitzableiter. Man sei dann entweder sehr gottesgläubig, dumm oder man plane einen Versicherungsbetrug. Behnkes Ausführungen widersprach niemand. Alle waren sich darin einig, dass Demokratie etwas kosten dürfe und die Mittel brauche, die es dafür benötige. Mehr Abgeordnete würden aber keine Stärkung oder Verbesserung der Demokratie darstellen, sondern seien ausschließlich teurer. Aus Verantwortung für öffentliche Mittel und die Steuerzahler muss die Aufblähung des Landtags verhindert werden.



→ **Das Haus von Winfried Hermann wirbt mit viel Geld für E-Mobilität.**

RETTUNGSPUNKTE IN STUTTGART: BRIEFFREUNDSCHAFT ZAHLT SICH AUS

Besser spät als nie: Endlich hat die Landesregierung die Notwendigkeit von Rettungspunkten im Stuttgarter Wald erkannt. Die 20 Standorte in jenen Gebieten, die dem Land gehören, wurden von ForstBW mit Schildern ausgewiesen. Jetzt habe ich es schwarz auf weiß von Landwirtschaftsminister **Peter Hauk**, der mir schrieb: „Damit wird dem gesteigerten Interesse an einer entsprechenden Beschilderung im Ballungsraum Stuttgart Rechnung getragen.“ Es war allerhöchste Zeit, denn seit Oktober 2022 habe ich mich dafür eingesetzt und sowohl Hauk, in dessen Ressort der Wald fällt, wie auch Innenminister **Thomas Strobl**, zuständig für Rettungswesen und Bevölkerungsschutz, zum Handeln aufgefordert. Insgesamt drei Mal musste ich die zwei CDU-Minister anschreiben. Die Beschilderung durch das Land ist ein wichtiger Schritt für die Sicherheit der Menschen, die tagtäglich in den Naherholungsgebieten rund um Stuttgart unterwegs sind. Denn nicht immer ist eine GPS-Ortung via Mobiltelefon exakt genug. Während das Land erst aufgrund meiner Nachfragen agiert hat, haben die Stadt Stuttgart und der Landkreis Esslingen (er besitzt Wald bei uns) längst schon alle definierten Rettungspunkte beschildert. Insgesamt gibt es 63 davon in der Landeshauptstadt.



→ **63 definierte Rettungspunkte gibt es im Stuttgarter Wald.**

WEG MIT DER UMWELTZONE IN STUTTGART

Das Verkehrsministerium meldete Anfang des Jahres, dass die Luft-Schadstoffwerte in allen Kommunen des Landes unterschritten werden und Fahrverbote, etwa in Heidelberg oder Karlsruhe, nicht mehr nötig sind. Stuttgart ist nicht dabei, obwohl sich auch hier in den letzten sechs Jahren die NO_2 -Konzentration am Neckartor mehr als halbiert hat. Trotz gestiegenem Verkehrsaufkommen bleiben die Immissionswerte konstant unter dem Grenzwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter. Die Stadt hat zudem die modernste Flotte mit sauberen Fahrzeugen. Rund 29 Prozent aller Neuzulassungen erfüllen die neueste Abgasnorm Euro 6dTEMP bzw. Euro 6d. Damit liegt Stuttgart mehr als 10 Prozent über



→ **Überall werden Fahrverbote aufgehoben – nur in Stuttgart nicht.**

dem baden-württembergischen Durchschnitt. Für mich kann die Konsequenz nur lauten: weg mit den Fahrverboten! Dass Minister Hermann denkt, die positive Entwicklung liege an seiner übermäßigen E-Auto-Förderung und den völlig unbegründeten Verboten, lässt mich stark an seiner Sachkenntnis zweifeln. Stattdessen feiert er sich noch dafür und erzählt weiter sein Märchen vom sauberen E-Auto. Hat er schon einmal darüber nachgedacht, dass Batteriefahrzeuge zurzeit mit schmutzigem Kohlestrom betankt werden? Der Emissionsausstoß findet hier eben nicht auf der Straße, sondern im Kohlekraftwerk statt. Es kann nicht sein, dass, sobald Grenzwerte eingehalten werden, sie reflexartig drastisch verschärft werden. Es würde mich nicht wundern, wenn Minister Hermann sich für noch niedrigere EU-Grenzwerte einsetzt, um in Zukunft neue Fahrverbote verhängen und damit seine offenkundige Abneigung gegenüber individueller Mobilität weiterhin durchdrücken zu können.

WOHNQUARTIER OHNE AUSREICHEND PKW-STELLPLÄTZE?

Wegen der Nähe zum Stuttgarter Hauptbahnhof soll im neuen Stadtteil „Stuttgart Rosenstein“ jeder Wohnung im Schnitt 0,3 Parkplätze zur Verfügung stehen, im Teilgebiet Europaviertel sogar nur 0,2 Parkplätze. Die Landesbauordnung (LBO) sieht aber regulär einen Parkplatz pro Wohnung vor. Wie das in der Praxis funktionieren soll, ist mir ein Rätsel: im Schnitt zwei Parkplätze für zehn Wohnungen. Das ist schlichtweg an der Realität und dem Bedarf der Menschen vorbeigeplant. Durch weniger Stellflächen lösen sich die Autos nicht einfach in Luft auf. Im Gegenteil: Die Zulassungszahlen der letzten Jahre zeigen, dass ihre Zahl im Land sogar weiter angestiegen ist. Weniger Parkplätze bedeuten zudem mehr Parkplatzsuchverkehr, von dem dann auch Nachbar-Stadtteile betroffen sind. Eine zukunftsorientierte Planung für ein neues, lebenswertes Quartier sieht für mich anders aus. Wenige Parkplätze in einem Wohnviertel sind in meinen Augen maximal unfreundlich, vor allem gegenüber Familien oder Senioren, die für Fahrten mit Kindern, für Einkäufe oder Arztbesuche auf einen PKW angewiesen sind. Im Rosenstein-Quartier wird leider die Chance verpasst, für alle Mobilitätsarten ausreichend Platz zu schaffen.

HALBHERZIGE DENKMALPFLEGE AM SCHLOSSPLATZ

Die Concordia-Statue auf dem Schlossplatz wird bis Mai wieder gut gesichert auf der 30 Meter hohen Säule installiert. Aber die Vandalismusschäden der Brunnenputte „Kocher“, nur wenige Meter davon entfernt, will die Landesregierung nicht restaurieren, wie mir schriftlich mitgeteilt wurde. Die Brunnen gehören für mich genauso zum repräsentativen Bild der historischen Denkmale am Schlossplatz wie die Jubiläumssäule oder der Königsbau. Sie sind ein Aushängeschild für Stadt und Land. Warum scheut man sich hier, wenn man mit vergleichsweise überschaubaren Kosten (ca. 10.000 Euro) die Denkmalpflege im Herzen der Landeshauptstadt für alle sichtbar vorantreiben könnte? Auch den Dialog mit Stiftungen und Vereinen, die sich seit Jahren für die Restaurierung einsetzen, blockt Ministerin **Nicole Razavi** konsequent ab. Daher bitte keine halbe Sachen, sondern Denkmalpflege ernstnehmen und die Brunnenfigur endlich restaurieren! Für das „Mahnmal für den Klimawandel“ wurden beispielsweise 41.000 Euro Steuergeld im Eckensee versenkt – obwohl das Teil bald wieder verschwindet. Das Ministerium von Frau Razavi leidet nun nicht gerade an übermäßiger Aufgabenfülle. Da sollten die richtigen Prioritäten gesetzt werden, wenn es um eine Visitenkarte des Südwestens geht.



→ Die Brunnenputte ist am Arm und Bein beschädigt. Eine Restaurierung lehnt das Land ab.

SCHÜLER ZU GAST IM LANDTAG

Obwohl ich einer jüngeren Politikergeneration angehöre, finde ich es immer wieder spannend, was Jugendliche an der politischen Welt interessiert. Auch in den letzten Wochen konnte ich Schulklassen im Landtag begrüßen und mit den Schülerinnen und Schülern über aktuelle Themen und meine Arbeit als Abgeordneter diskutieren. Zu Gast waren Gruppen aus dem Paracelsus-Gymnasium Hohenheim und der Freien Aktiven Schule Stuttgart-Hoffeld. Wir sprachen über Mobilität, Klimaschutz, Einwanderung, aber auch über Gewalt gegen Einsatzkräfte und die Vor- und Nachteile der Messerverbotszone in Stuttgart. Was ich aus den Terminen mitnehme: junge Menschen interessieren sich für politische Werte, aber auch stark für die Person des Abgeordneten.



→ Besuch im Landtag: Schüler des Paracelsus-Gymnasiums aus Hohenheim

HILFE FÜR GASTRONOMEN UND HOTELIERS

Das reichhaltige Buffet beim Neujahrsempfang der DEHOGA Stuttgart ließ es zunächst nicht vermuten, dass die letzten zwei Jahre die Gastronomie-Branche auch in der Landeshauptstadt hart getroffen haben. Erst massive Umsatzeinbußen durch die Pandemie, und kaum war das Geschäft wieder angelaufen, folgte der Schock in Form von rapide gestiegenen Heiz- und Stromkosten. Hinzu kommt weiterhin der Mangel an Fach- und Ausbildungskräften. Bei der Veranstaltung, ausgerichtet von der Kreisstelle Stuttgart des Hotel- und Gaststättenverbandes Baden-Württemberg, konnte ich mit Gastronomen und Hoteliers direkt ins Gespräch kommen und über ihre tagtäglichen Herausforderungen sprechen. Die Branche wartet mehr denn je auf klare Zusagen aus dem grün geführten Wirtschaftsministerium. Gastronomen brauchen endlich verlässliche und bezahlbare Energie und damit Planungssicherheit, außerdem Bürokratieentlastung.



→ Mit Fraktionskollege Erik Schweickert beim DEHOGA-Neujahrsempfang.

MEINE ANTRÄGE BEIM LANDESPARTEITAG

Endlich wieder ein Präsenzparteitag der Freien Demokraten in Baden-Württemberg. Am 5. Januar fuhr ich gerne nach Fellbach zur 123. Ausgabe. Wir debattierten intensiv über die zahlreichen Anträge, die Mitglieder aus dem ganzen Land eingereicht hatten. Mir lag ein Thema besonders am Herzen: kein Böllerverbot an Silvester – stattdessen Unterstützung für Rettungs- und Einsatzkräfte. Gemeinsam mit Fraktionskollege **Prof. Dr. Erik Schweickert** habe ich einen Dringlichkeitsantrag dazu gestellt, der von der Mehrheit der 400 Delegierten beim Parteitag angenommen wurde. Ein Verbot von Knallkörpern wird die Menschen, die Rettungskräfte angreifen, nicht aufhalten. Vielmehr muss die Strafverfolgung hier hart durchgreifen, denn es handelt sich nicht um harmlose Kavaliersdelikte. Was mich ebenfalls freut: der Antrag zur Ausstattung der Landesflotte mit synthetischen Kraftstoffen, den ich gemeinsam mit dem Landesfachausschuss für Verkehr eingereicht hatte, wurde mit großer Zustimmung beschlossen.



→ Das Jahr begann mit einem erfolgreichen Landesparteitag in Fellbach.

FRAKTIONSSCHWERPUNKTE 2023: ENERGIE UND BILDUNG

Gleich zu Beginn des Jahres nahm ich an der Klausurtagung der FDP/DVP-Fraktion in Tauberbischofsheim teil. Mit externen Referenten sowie Michael Theurer und Judith Skudelny diskutierten wir über Themen, die wir verstärkt bearbeiten werden. Neben Wirtschaft, Digitalisierung und Entbürokratisierung sind dies Energiesicherheit und Bildung, wobei hier ein besonderes Augenmerk auf die frühkindliche Phase gelegt wird. Zu beiden Bereichen hat die Fraktion aktuelle Positionspapiere erstellt, die Sie über www.fdp-landtag-bw.de herunterladen können.



In der Energiepolitik fordern wir eine zuverlässige Versorgung für die Menschen und den Wirtschaftsstandort. Die Nutzung aller zu Verfügung stehender Kraftwerke ist dabei eine Maxime, ebenso müssen weitere Energieressourcen wie heimische Erdgasvorkommen, Biomasse und Wärmegewinnung stärker genutzt werden. Zudem setzen wir uns für Erforschung und Ausbau von Wasserstoff und synthetischen Kraftstoffen als Antriebsmittel ein. Zur Bildung: Wir brauchen mehr Bildungs- und Betreuungsangebote unter dem Aspekt der Wahlfreiheit für Eltern bei der Kindererziehung und -betreuung sowie eine Anerkennung der Kindertagespflege als gleichwertig zu Kindertagesstätten. Gymnasien sollten wieder zu G9 als Regelschulzeit zurückkehren, damit Schülerinnen und Schüler mehr Zeit für ihre Bildung eingeräumt bekommen. Nicht zuletzt dient das zusätzliche Jahr einer Entzerrung der Stundenpläne, was Raum lässt, sich ehrenamtlich neben der Schule in Vereinen und Organisationen zu engagieren.

FÜR DIE FREIHEIT – 70 JAHRE FDP/DVP-LANDTAGSFRAKTION



Friedrich Haag
MdB

Seit zwei Jahren bin ich Mitglied der FDP/DVP-Landtagsfraktion. Gemeinsam mit meinen 17 Kolleginnen und Kollegen gestalte ich liberale Politik für die Bürgerinnen und Bürger. Welch Einfluss die Handschrift der Freien Demokraten für ganz Baden-Württemberg, aber auch für die Bundespolitik in den vergangenen Jahrzehnten hatte, zeigten die Redner unserer Jubiläumsfeier „70 Jahre FDP/DVP-Landtagsfraktion“ auf. Sie fand mit rund 250 Gästen im Weißen Saal des Neuen Schlosses statt. Zusammengefasst lässt sich sagen: durch solide und gute Arbeit im Sinne der Freiheit leisteten wir einen großen Beitrag für die parlamentarische Demokratie, für Wohlstand und Weltoffenheit.

FREIHEIT UND DEMOKRATIE VERTEIDIGEN

Unser Fraktionsvorsitzende **Dr. Hans-Ulrich Rülke** sagte, dass für die Feier ein idealer „Tag der Freiheit“ gewählt wurde, denn gerade an diesem Tag fielen die letzten Corona-Vorschriften im Alltag. Die Festrede hielt der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, **Wolfgang Kubicki**. Er schlug eine Brücke vom Wiederaufbau und der Belebung von Freiheit und Demokratie nach dem Zweiten Weltkrieg zu heute. Die Begriffe seien gefährdet und allen Despoten ein Dorn im Auge. Der Krieg Putins gegen sein Nachbarland Ukraine nannte er als ein warnendes Beispiel. „Heute geht es auch darum, unseren Wohlstand zu verteidigen. Es braucht eine starke Stimme der Freiheit nicht weniger als vor 70 Jahren.“



→ Der Weiße Saal im Neuen Schloss bildete einen festlichen Rahmen.



→ **Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki hielt eine kenntnisreiche Rede**



→ **Stuttgarter Liberale waren Gäste der Jubiläumsveranstaltung.**

STARKES LIBERALES SELBSTBEWUSSTSEIN

Kubicki würdigte in seiner Rede den unermüdlichen Einsatz der FDP/DVP-Fraktion gegen unverhältnismäßige Maßnahmen in der Corona-Krise. So sei das geschlossene Votum unserer Fraktion gegen eine allgemeine Impfpflicht 2022 ein wichtiger Impuls gewesen – letztendlich hätte sich dieser vernünftige Kurs dann durchgesetzt. Die Fraktion in Baden-Württemberg sei „gerade in den letzten Jahren eine der beharrlichsten Mahnerinnen für die Freiheit“ gewesen. Sie stehe für das liberale Selbstbewusstsein im Land, ganz im Geiste der „Freiburger Thesen“, die vor über fünfzig Jahren aus dem Südwesten einen neuen Aufbruch für Politik gebracht hätten. Unser FDP-Landesvorsitzender **Michael Theurer** erinnerte daran, dass der Gedanke der politischen Freiheit unmittelbar nach dem Krieg ab Dezember 1945 mit

der Gründung der DVP in Stuttgart seinen Anfang genommen hatte und damit Namen wie **Theodor Heuss**, **Reinhold Maier** oder **Wolfgang Haußmann** verbunden sind. Zur aktuellen Lage meinte Theurer (selbst MdL von 2001 bis 2009): „Gerade im Lichte der zentralen Herausforderungen der Zukunft, wie dem Ausbau einer modernen, klimaschonenden und leistungsfähigen Mobilität, ruht berechnete Hoffnung auf der liberalen Landtagsfraktion, die für technologische Offenheit und unideologische Lösungsbereitschaft steht.“

Weitere Redner im Neuen Schloss waren **Julia Goll MdL**, **Jochen Hausmann MdL** und Landtagspräsidentin **Muhterem Aras**. Unter den Gästen auch Vertreter der FDP Stuttgart: **Gabriele Reich-Gutjahr**, **Gabriele Heise**, **Charlotta Eskilsson**, **Volker Weil** und **Armin Serwani**.

STUTTGARTER FDP/DVP-ABGEORDNETE IM LANDTAG VON 1952–2023

1952–1956

Dr. Wolfgang Haußmann

1956–1960

Dr. Emmy Diemer-Nicolaus
Dr. Wolfgang Haußmann
Walter Nischwitz
Gottlieb Leeger
Prof. Dr. Walter Erbe*
Dr. Hermann Vietzen

1960–1964

Dr. Wolfgang Haußmann
Walter Nischwitz
Gottlieb Leeger
Otto Haag*
Prof. Dr. Walter Erbe

1964–1968

Prof. Dr. Walter Erbe
Friedrich Haag*
Friedrich Ziegler

1968–1972

Prof. Dr. Rolf Dahrendorf
Friedrich Haag*
Dr. Wolfgang Haußmann

1972–1976

Friedrich Haag
Dr. Wilhelm Hofmann

1976–1980

Ingrid Walz
Friedrich Haag
Volker Klenk

1980–1984

Ingrid Walz
Friedrich Haag

1984–1988

Friedrich Haag

1988–1992

Friedrich Haag

1992–1996

Ekkehard Kiesswetter

1996–2001

Ekkehard Kiesswetter

2001–2006

-

2006–2011

Dietmar Bachmann

2011–2016

-

2016–2021

Gabriele Reich-Gutjahr

Seit 2021

Friedrich Haag

*Nachrücker

DURCHBRUCH FÜR KLIMANEUTRALE MOBILITÄT: E-FUELS WERDEN FÜR DEN VERBRENNER ZUGELASSEN



Judith Skudelny
MdB

Was in zahlreichen europäischen Ländern bereits gängige Praxis war, ist zukünftig auch in Deutschland möglich: Synthetische Kraftstoffe dürfen in Reinform an öffentlichen Tankstellen verkauft werden. Es ist der FDP-Bundestagsfraktion gelungen, unsere Koalitionspartner von der Notwendigkeit dieses Schrittes zu überzeugen. Eine entsprechende Anpassung erfolgt in der 10. Bundesimmissionsschutzverordnung.

Ein großer Wurf auf dem Weg zur Erreichung der Klimaschutzziele, denn E-Fuels sind klimaneutral und liefern damit einen entscheidenden Beitrag für die zügige Dekarbonisierung des Verkehrssektors. Hergestellt werden sie mithilfe von Strom aus erneuerbaren Energiequellen, Wasser und Kohlenstoffdioxid, das zuvor der Atmosphäre entzogen wurde. Im Gegensatz zu fossilen Kraftstoffen setzen sie damit kein zusätzliches Kohlendioxid frei. Es sind auch keine technischen Umrüstungen notwendig, um Autos, Flugzeuge oder Schiffe mit E-Fuels zu betanken. Bereits heute könnte also jedes per Verbrennungsmotor angetriebene Fahrzeug mit synthetischen Kraftstoffen CO₂-neutral fahren! Für den Vertrieb müssen wir noch nicht einmal erst mühsam die notwendige Infrastruktur aufbauen, sondern können ganz selbstverständlich das bestehende Tankstellennetz nutzen.

Weil E-Fuels eine schnelle, klimafreundliche Lösung für die Fahrzeuge auf unseren Straßen sind, hat die FDP seit langem für ihre Zulassung gekämpft. Geboren ist diese politische Idee übrigens vor einigen Jahren hier in unserem Kreisverband. Mitglieder der FDP Stuttgart haben die ersten Beschlusslagen zu E-Fuels herbeigeführt und schließlich über die Landesebene in den Bund eingebracht. Bislang war die Beimischung von E-Fuels nur bis etwa 26 Prozent erlaubt. Dass sich das nun endlich ändert, ist ein wichtiges Signal

für den Markthochlauf der E-Fuels und die Fahrzeugzulassung – aber auch für die langfristige Sicherung hunderttausender Arbeitsplätze bei mittelständischen Zulieferern und in der Automobilindustrie, gerade in Baden-Württemberg.

TECHNOLOGIEOFFENHEIT STATT PAUSCHAL-VERBOT

Der Ball muss jetzt auch auf europäischer Ebene ins Rollen kommen. Die aktuelle EU-Debatte, in der die FDP das Verbrenner-Aus verhindern möchte, dreht sich zwar ebenfalls um E-Fuels, ist aber von der oben beschriebenen Einigung auf nationaler Ebene zu trennen. Die EU hatte eine Verordnung vorgelegt, der zufolge ab 2035 nur noch Fahrzeuge neu zugelassen werden dürfen, die kein CO₂ ausstoßen. Umsetzen möchte die EU dieses Ziel jedoch mit einem pauschalen Verbot des Verbrennungsmotors. Damit verkennt sie komplett, dass nicht der Verbrenner dem Klima schadet, sondern der fossile Sprit, mit dem er betrieben wird – und dass E-Fuels genau dieses Problem lösen.

Die Klimaziele zu erreichen, ist so schon eine große Herausforderung. Wenn wir dabei einzig auf die Karte Elektro setzen und andere Technologien verbieten, erweisen wir dem Klimaschutz einen Bärendienst. Zumal ein Verbot des Verbrenners ab 2035 auch den Markthochlauf für E-Fuels behindern würde, womit wir das perfekte Mittel verlieren, die Bestandsflotte klimaneutral zu bekommen. Wir sollten uns besser alle Optionen offen halten. Dem Klima ist es schließlich völlig egal, ob ein Auto mit Motor oder Batterie betrieben wird. Hauptsache frei von CO₂.

Vorwürfe, die FDP verschleppe mit ihrer Haltung den Klimaschutz, sind falsch. Die EU weiß seit Monaten, dass

Deutschland darauf pocht, Neuzulassungen von Verbrennern, die synthetische Kraftstoffe nutzen, auch nach 2035 zu ermöglichen. So haben wir es im Koalitionsvertrag verhandelt und deshalb hat die Bundesregierung im vergangenen Herbst auf Initiative der FDP die EU-Kommission bei den Triolog-Verhandlungen dazu aufgefordert, einen entsprechenden Rechtsakt vorzulegen. Da die EU-Kommission dieser Abmachung nicht nachgekommen ist, hat die Bundesregierung unter Federführung von Verkehrsminister Volker Wissing entschieden, der Regelung in der vorliegenden Form – genauso wie Italien, Polen und Bulgarien – nicht zuzustimmen. Gemeinsam hätten diese Länder bei der Abstimmung über eine Sperrminorität verfügt. Die für Anfang März geplante finale Abstimmung unter den 27 EU-Regierungen wurde daraufhin auf unbestimmte Zeit verschoben. Die Bundesregierung hat also nicht – wie stellenweise behauptet – plötzlich ihre Meinung geändert. Vielmehr hat die EU gehofft, dass die Bundesregierung von ihrer Forderung abrücken wird und sie ihre Verordnung ohne Änderungen durchdrücken kann. Es ist höchste Zeit für die EU, das Ruder rumzureißen in Richtung Technologieoffenheit.

EURO-7-RICHTLINIE: NICHT DAS POLITISCH GEWOLLTE MIT DEM TECHNISCH MACHBAREN VERWECHSELN

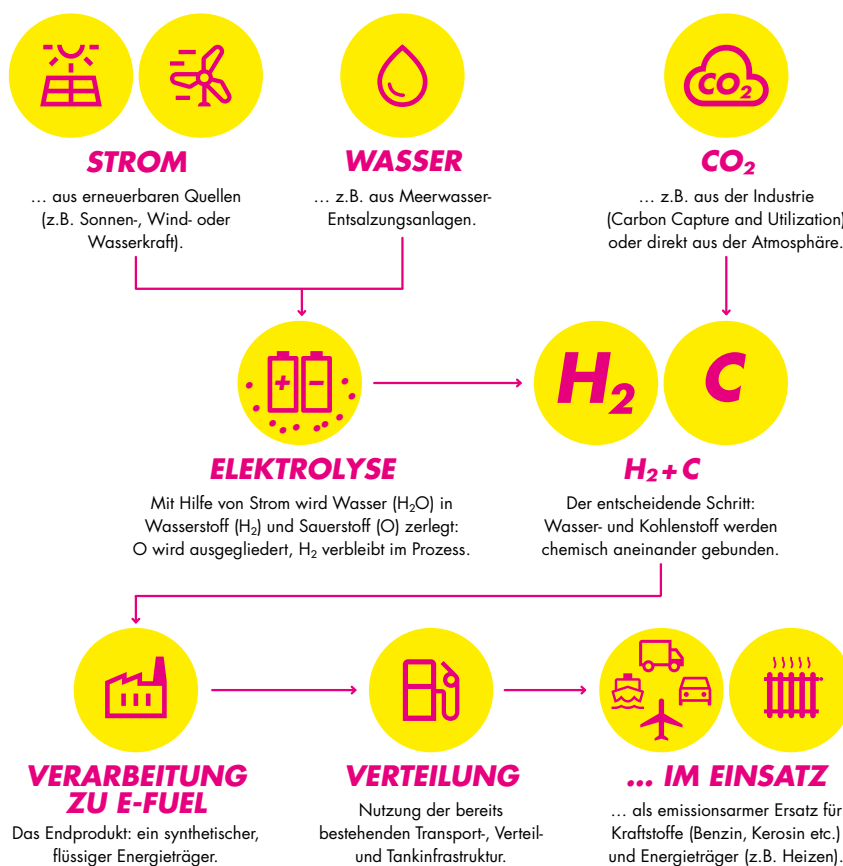
Neben dem Verbrennerverbot plant die EU-Kommission mit der Abgasnorm Euro-7 zudem ab 2025 deutlich strengere Immissionsregeln für die Autohersteller. Gegen das damit verbundene Ziel, die Luftqualität in den europäischen Städten zu verbessern, kann niemand etwas einwenden. Allerdings wird die Luft in den deutschen Städten seit über 30 Jahren kontinuierlich besser – angetrieben von Innovationen und technischem Fortschritt. Eben diese Ingenieure, die für die positive Entwicklung verantwortlich sind, sagen nun, dass die Vorgaben der geplanten Euro-7-Norm völlig überambitioniert und technisch gar nicht machbar sind. Die Grenzwerte werden in dem neuen Richtlinienentwurf zwar nicht nominell verschärft, in der Praxis sieht es aber ganz anders aus: Für Benzin- und Diesel sollen künftig die gleichen Grenzwerte gelten. Und alle Fahrzeuge sollen die

Grenzwerte auch auf kurzen Fahrstrecken oder bei kalten Temperaturen einhalten. Faktisch hätte die neue Regelung zur Folge, dass die Emissionen aus den Fahrzeugen innerhalb kürzester Zeit halbiert werden müssten.

Darüber hinaus sollen künftig Schadstoffe wie Feinstaub durch Reifenabrieb und Bremsen reguliert werden. Das ist an sich eine gute und richtige Idee, weil dann erstmals auch Fahrräder und Elektroautos erfasst würden. Das Problem ist jedoch, dass wir diese Schadstoffe überhaupt nicht verbindlich messen können. Die EU scheint mit der gesamten Euro-7-Richtlinie das politisch Gewollte mit dem technisch Machbaren zu verwechseln.

Zum Glück kann sich am Konzept der Kommission noch einiges ändern. Aktuell laufen die Verhandlungen über die Vorschläge mit dem Europaparlament und den Mitgliedsstaaten. Auch in Europa gilt: Am Ende wird keine Richtlinie so verabschiedet, wie sie ursprünglich eingebracht wird. Die Ampel wird sich dafür einsetzen, dass die Ziele bei Euro-7 ambitioniert, aber umsetzbar sind.

DIE HERSTELLUNG VON E-FUELS



MIT „GLÜCK“ INS NEUE JAHR! DIE LiF BADEN-WÜRTTEMBERG BEGRÜSSTEN ZUM 1. NJE IN IHRER GESCHICHTE



Susanne Winkler

Stv. Vorsitzende Liberale Frauen BV Stuttgart
Beisitzerin im Landesvorstand der LiF BW

Unter dem Motto: „Mit Glück ins neue Jahr“ begrüßten die Liberalen Frauen Baden-Württemberg, in der Stuttgarter Brauereigaststätte Dinkelacker, am 28. Januar 2023 um 14 Uhr über vierzig Gäste zum 1. Neujahrsempfang in ihrer langjährigen Geschichte. Mit an dieser Geschichte schrieb an diesem Tag kein geringerer als **Andreas Glück**, FDP-MdEP. Das Grußwort hielt **Prof. Dr. Mackenstedt**, Vorsitzende des Landesfrauenrates.

Mit einem gleichermaßen neuen Format versuchte man sich an einer Tageszeit, die für einen NJE unüblich ist; doch erstaunlicherweise wurde dieser Nachmittagstermin sehr gerne angenommen, bzw. registriert; hatte man doch folgerichtig nach 18 Uhr noch genügend Zeit abends einen weiteren Empfang wahrzunehmen.

Nach der Begrüßung der Gäste aus Bund, Land und Region, hob **Anke Hillmann-Richter**, Landesvorsitzende der Liberalen Frauen Baden-Württemberg, hervor, dass es ihr wichtig ist, Frauen für die Listen zu gewinnen, Frauen sichtbar zu machen und die, folgerichtig damit verbundene Vernetzung mit anderen Organisationen. Aus diesem Grund freute sich die Vorsitzende sehr, Prof. Dr. Mackenstedt mit einem Grußwort ankündigen zu dürfen. Auch dies ein Novum, das sich von Seiten des LFRs zum ersten Mal zeitigte. Mit Andreas Glück hatte man einen überzeugten, wie auch stets authentischer Parlamentarier gewonnen, der als überzeugter Europäer seine Inhalte zu den Themen Frauen, Gesundheit und Versorgung wieder zielgerichtet auf den Punkt brachte. Dabei schloss er fast nahtlos an die Inhalte von Mackenstedt an, die ebenso die ärztliche Versorgung, die fehlenden Kita-Plätze und die damit einhergehende bzw. fehlende Möglichkeit, als Elternteil in Vollzeit arbeiten zu gehen, beanstan-

dete. Nicht nur einmal fiel in ihren Ausführungen das Wort „Existenzsicherung“ und weibliche „Altersarmut“ in einem Atemzug. Zwei Themen, die mit auf der zukünftigen Agenda der LiF jedoch vor allem auf der To-do-Liste der politischen Verantwortlichen stehen sollten. Last but not least erinnerte sie an die internationale Istanbul-Konvention, aus der die Türkei 2022 ausgetreten ist und somit der harten Realität, sprich, der „Gewalt gegen Frauen“ – insbesondere im eigenen Land – wieder Raum gegeben hat. Mit einem „Save The Date“ für den 12. April 2023 gab sie abschließend schon einen Hinweis für den Frauengesundheitskongress unter dem Motto: „Geschlechtersensible Medizin“. Einen Themenkomplex, den auch Glück aufgriff und den Anwesenden in die aktuell bestehenden Gesetzmäßigkeiten, Normen, Verfahren und Prüfungen in diesem Bereich, einen intensiven Einblick gab. Hierbei nahm er auch Bezug auf die Etablierung des europäischen Gesundheitsdatenraums – EHDS –. Deutschland hat hier viel aufzuholen, da es im internationalen Vergleich in Sachen Digitalisierung des Gesundheitssystems weit – vorletzter Platz – zurückliegt. Millionen von Datensätzen, die im Jahr produziert werden, können somit nicht patientenbezogen verbunden werden. Dies führt zu nicht exzellenten Ergebnissen in der Forschung oder der Qualität in der Versorgung. Als Arzt und Chirurg weiß der Parlamentarier, wovon er spricht, wenn er resümiert, „der EHDS bietet nicht nur eine engere Verzahnung in der Forschung, er hilft und unterstützt die Versorgung im medizinischen Bereich.“

Beide Redebeiträge zogen eine intensive Fragerunde nach sich, die aufzeigte, dass man punktuell den Puls der Zeit getroffen hatte. Ein gelungener Auftakt für die weitere Arbeit der Liberalen Frauen im Land und im Bezirk.



→ v.l.n. r. **Susanne Winkler, Agata Majnenger, Andreas Glück MdEP, Anke Hillmann-Richter, Kathrin Kölbl, Ute Mackenstedt und Renate Iby**

Wir bedanken uns bei allen Gästen, die diesen NJE mit so erfolgreich haben werden lassen und freuen uns schon jetzt auf das nächste Wiedersehen!

In Memoriam ein Zitat unseres hoch geschätzten Liberalen, **Guido Westerwelle**, dessen Todestag sich am 18. März 2023 zum 7. Mal jährt:

„**Glück und Gesundheit. Und zwar beides zusammen, Gesundheit, aber auch Glück. Denn die Menschen auf der Titanic waren zwar gesund, hatten aber kein Glück.**“

Birgt es doch den großen Impuls und das Signal, dass die persönliche, wie auch die mandatsbezogene Eigen-Verantwortung – für das EINE wie für das ANDERE – selbst etwas dazu zu tun, für eine „glückliche und zufriedene“ Gesellschaft unerlässlich ist.

LIBERALE FRAUEN BV STUTTGART MIT BLICK IN DIE ZUKUNFT

Am 4. März 2023 fand die Vorstandssitzung der LiF BV Stuttgart in der Dinkelacker Brauereigaststätte statt. Der Fokus wurde an diesem Nachmittag auf die kommenden Veranstaltungen gelegt. Nachfolgend nun einige Termine, demzufolge SAVE THE DATE!

- › **Samstag, 6. Mai 2023, 10 Uhr**
Betriebsbesichtigung bei WALA – Bad Boll
- › **Samstag, 1. Juli 2023, 15–17 Uhr**
Vorstandswahlen LiF BV Stuttgart
- › **Samstag, 1. Juli 2023, ab 18 Uhr**
Sommerfest der LiF BV Stuttgart.

Details zu den einzelnen Terminen werden noch mitgeteilt.

Des Weiteren wird ein Unternehmerinnengespräch im Hause Börlind in Herrenberg stattfinden, so auch eine Veranstaltung zum Thema „Gesundheitsversorgung bei Frauen“. Zu allen Veranstaltungen laden wir schon jetzt herzlich ein!

INTERNATIONALER FRAUENTAG

Der 8. März ist weltweit ein Tag, an dem jedes Jahr aufs Neue, ganz „geduldig“, viele Impulse gesetzt und auf die Rechte der Frauen hingewiesen werden. Besteht doch immer noch die gewisse Unverhältnismäßigkeit, die sich nicht nur im Bereich Lohnsektor, der Teilzeitarbeit und der „gläsernen Decke“ widerspiegelt, sondern vor allem auch in der Wertschätzung gegenüber der Person und der persönlichen Freiheit. „Frauen, Leben, Freiheit“, so der Appell, gezielt an das iranische System, welches vor allem die Rechte der Frauen nicht nur beschneidet, sondern mit härtesten Strafen sanktioniert. Gefängnis, Folter, Todesurteile und das nur aufgrund einer Haarsträhne, die nicht ordentlich unter dem Kopftuch versteckt wurde, so wie es von der Sittenpolizei erwartet wird. Solange diese mittelalterlichen Zustände bestehen und die Gleichberechtigung gnadenlos mit Füßen getreten wird, solange darf der internationale Frauentag nicht nur am 8. März „eine Bühne“ bekommen!

Für die noch offenen Belange gilt es sich tagtäglich – insbesondere in der Politik – einzusetzen. Der Film „Die Unbeugsamen“, der an diesem Abend im Stuttgarter Rathaus und im Landtag gezeigt wurde, – die LiF waren vor Ort – spiegelte die harte Realität der politischen Frauengeschichte in deutschen Parlamenten wider. Auch hier gilt als Resümee der uneingeschränkte Grundsatz im Jahre 2023 mehr denn je und immer noch: Frauen ... nicht nachlassen, sondern nachhaken!

25 JAHRE LIBERALER MITTELSTAND IM LÄNDLE



Frank Bantle
Pressesprecher LIM Baden-Württemberg e.V.



→ **Stuttgarter LIM-Mitglieder bei der Klausurtagung (links): Eberhard Priebe, Slavica Benko, Dr. Thilo Scholpp und Dr. Markus Martin**

KLAUSURTAGUNG IN STUTTGART

Die diesjährige Klausur des Landesvorstands fand in Stuttgart statt. Für die Organisation zeichnete **Dr. Thilo Scholpp** verantwortlich, unterstützt von hiesigen LIM-Mitgliedern.

Wie schon bei der letztjährigen Klausur in Unterreichenbach, so gab es auch bei der aktuellen Ausgabe Themenarbeit in Kleingruppen, Plenumdiskussionen und am Ende eine neue To-do-Liste.

Die LIM-Veranstaltung war erstmals offen für alle Mitglieder und Interessierte. Das Angebot wurde wahrgenommen. „Wir hatten so mehr Meinungen und Ideen, die eingebracht wurden und konnten zudem ein Neumitglied gewinnen“, freut sich Thilo Scholpp.

Welche Ergebnisse sind zu vermelden? Der LIM will seine Aktivitäten auf Kreisebene ausbauen und die Verantwortlichen bei Firmenbesuchen, Diskussionen oder Unternehmerstammtischen noch besser unterstützen. Über eine WhatsApp-Gruppe sollen Mitglieder Mittelstandsthemen diskutieren und mit Experten sind Online-Events geplant, die über andere Landesverbände auch bundesweit beworben werden sollen.

Um den Wachstum der liberalen Vorfeldorganisation zu sichern, wird eine Arbeitsgruppe Finanzen und Fundraising eingerichtet. Fortgesetzt werden sollen die erfolgreichen Kooperationen mit anderen Mittelstandsverbänden oder der Friedrich-Naumann-Stiftung.

GROSSER LIM-TAG AM 13. MAI

In diesem Jahr feiert der Liberale Mittelstand Baden-Württemberg sein 25-jähriges Bestehen. Eine separate Feier wie vor fünf Jahren in der Kulturinsel Stuttgart findet allerdings nicht statt. Das Jubiläum wird kombiniert mit der Jahresmitgliederversammlung am 13. Mai 2023 in der Hochschule Pforzheim, Fakultät Wirtschaft und Recht. Ab 10 Uhr treffen sich LIM-Mitglieder, liberale Landespolitiker und Gäste dort zu Reden, Neuwahlen und Austausch. Am Nachmittag ist die Besichtigung eines Recyclingbetriebes sowie die erste Verleihung des neuen „Bürokratie-Trotz-Preises“ mit kleiner Feier geplant. Alle Informationen in Kürze im Internet auf www.lim-bw.de.

EINTRETEN FÜR DEN MITTELSTAND

Auch in den vergangenen Monaten meldeten wir uns als Vertretung von Unternehmerinnen und Unternehmern, Selbstständigen und Gründern zu Wort oder kritisierten Fehlentwicklungen der Politik. Dazu nutzten wir unsere Kontakte zu liberalen Politikern, Briefe an Entscheider oder unsere Social-Media-Plattformen. Im Februar beispielsweise kommentierte **Dr. Thilo Scholpp** den Plan der grünen Landtagsfraktion, eine „Fachkräfte-Formation“ aufbauen zu wollen: „Wie viele Stuhlkreise brauchen wir denn noch? Und dass eine Landtagsfraktion mit quasi 0 Vertretern aus der Wirtschaft meint, Unternehmen schnell helfen zu

wollen, muss wohl ein Faschingsscherz sein. Woran es im Arbeitsmarkt von Baden-Württemberg und ganz Deutschland krankt, ist bekannt – ebenso, dass die Grünen mit ihrer Klima- und Umverteilungspolitik sowie ihrer Technologiefeindlichkeit dem Mittelstand schaden und ausländische Talente abschrecken. Schlimm, dass sich Wirtschaftsverbände in die neue Formation einreihen. Wir vom LIM würden uns schämen.“

LIM AKTIV FEIERT PREMIERE

Mit tatkräftiger Unterstützung von Stuttgarter LIM-Mitgliedern publizierte der Landesverband zum Dreikönigs-Parteitag in Fellbach die erste Ausgabe von „LIM Aktiv“. Für Konzeption und Verlagsleitung zeichnete **Michael Köhler** verantwortlich. Die Redaktionsleitung übernahm **Frank Bantle**, während **Eberhard Priebe** das ganze Layout sowie Anzeigengestaltung für einzelne Kunden wuppte. 36 Seiten stark ist das Magazin, das ab sofort einmal pro Jahr als „Stimme des Mittelstands in Baden-Württemberg“ erscheinen soll. Die Titelstory zu Freiheit und Verantwortung schrieb **Karl Schenk Graf von Stauffenberg**, ein Enkel des Hitler-Attentäters Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Weitere Beiträge stellen prominente LIM-Mitglieder vor oder informieren über die LIM-Programmatik. Sie wollen eine Ausgabe haben? Schreiben Sie uns eine E-Mail mit Ihrer Adresse an info@lim-bw.de.



→ LIM-Generalsekretärin Sarah Zickler mit Friedrich Haag MdL. Er verfasste für LIM Aktiv einen Beitrag über synthetische Kraftstoffe.

AKTIV UND MEINUNGSSTARK



Liane Bott-Voelker
Vorstand Regionalverband Stuttgart
Liberales Senioren Initiative

Die Liberalen Senioren sind auch in der Region Stuttgart gut in das neue Jahr gestartet. Ein großes Wiedersehen mit anderen Mitgliedern gab es beim Landesparteitag in Fellbach. Unser Landesvorsitzender **Dr. Wolfgang Allehoff** aus Stuttgart berichtete den Delegierten, wie wir Älteren die Ampelkoalition einschätzen, dass wir uns die FDP noch mehr als Gestalter und Modernisierer wünschen und warum wir die betont jugendliche Kommunikation der Partei nach wie vor kritisch sehen. Am LSI-Stand konnten wir wieder viele Drucksachen und unsere beliebte gelbe Notfall-Tasche an Besucher verteilen.



→ **LSI-Landesvorsitzender Dr. Wolfgang Allehoff beim FDP-Parteitag**

KLARE HALTUNG IN LSI AKTUELL

Als Meinungs- und Diskussionsportal für gesellschaftliche Themen kommt unser Magazin „LSI aktuell“ sehr gut an. Gerne senden wir es Ihnen postalisch zu. Einfach eine E-Mail an info@liberale-senioren-bw.de senden oder anrufen, 0711 96666536. In der aktuellen Ausgabe gibt es Schwerpunkte zum gefährlichen Framing in Politik und Gesellschaft sowie zu einer neuen Rentenpolitik. Ein weiterer Lesetipp:

In einem Bericht erklären wir, warum im Landtag Baden-Württemberg die FDP immer mit dem Zusatz DVP auftritt. Auf unserer Webseite www.liberalesenioren-bw.de können Sie das Magazin auch downloaden.



→ **Die aktuelle Nummer von LSI aktuell ist jetzt erhältlich.**

EINLADUNG ZUM MUSICAL „EVITA“ AM 21. JULI

Schön, dass wir in diesem Jahr unsere beliebten Besuche im Theater unter den Kuppeln in Leinfelden-Echterdingen/Stetten fortsetzen können. Am 21. Juli 2023 haben wir Karten für das Musical „Evita“ reserviert. Das Ensemble bringt das Leben von Eva Duarte de Peron auf die Freiluftbühne, der 1952 viel zu früh gestorbenen Frau des argentinischen Präsidenten Juan Peron. Vor der Aufführung lädt der LSI wie immer zu einem Sektempfang bei **Eva Balz** in der Nachbarschaft. Wenn Sie an der Veranstaltung teilnehmen wollen (Sondertarif 23, 80 Euro), dann senden wir Ihnen gerne das Anmeldeformular zu. E-Mail an info@liberale-senioren-bw.de oder Anruf unter 0173 4422400).

TERMINE UND VERANSTALTUNGEN IM 2. QUARTAL 2023

→ APRIL 2023

Die Sitzungen der Stadtgruppen finden Sie auf der Internetseite der FDP Stuttgart

17. 19:30 Uhr Kreisverband › Kreisvorstandssitzung › Ort wird noch bekannt gegeben

21.-23. Bundesverband › Bundesparteitag › Berlin

→ MAI 2023

Die Sitzungen der Stadtgruppen finden Sie auf der Internetseite der FDP Stuttgart

4. 18:00 Uhr Liberaler Treff auf dem Stuttgarter Frühlingsfest › „Grillmeisterei“ auf dem Cannstatter Wasen

22. 19:30 Uhr Kreisverband › Kreisvorstandssitzung › Ort wird noch bekannt gegeben

→ JUNI 2023

Die Sitzungen der Stadtgruppen finden Sie auf der Internetseite der FDP Stuttgart

19. 19:30 Uhr Kreisverband › Kreisvorstandssitzung › Ort wird noch bekannt gegeben

LIBERALER TREFF AUF DEM STUTTGARTER FRÜHLINGSFEST

**DO., 4. MAI 2023, 18 UHR
BIERGARTEN „GRILLMEISTEREI“
VON NICO METZ**

[FDP-STUTTART.DE/TERMINE](https://fdp-stuttgart.de/termine)